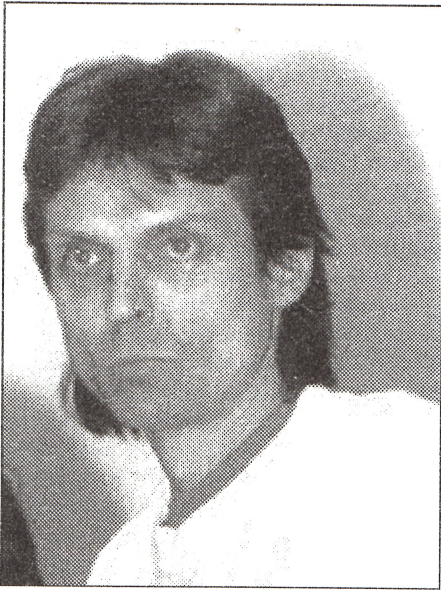


Der Staat statuiert ein Exempel

Freiheit für Christian Klar ...



Christian Klar soll mindestens 26 Jahre, das heißt weitere elf Jahre, in Haft bleiben müssen. Dies gebietet die „besondere Schwere der Schuld“, urteilte das Oberlandesgericht Stuttgart, das damit dem Antrag der Bundesanwaltschaft folgte.

Einen Zweck - den der Einschüchterung - scheint die Entscheidung bereits erfüllt zu haben. Öffentliche Kritik blieb bisher fast vollständig aus. Der Linken, aber auch liberalen Kritikern, die sich gegen den großen Lausangriff oder andere Entwicklungen hin zum autoritären Staat immerhin noch zu Wort gemeldet haben oder die einen teilweise langen Kampf gegen die lebenslange Freiheitsstrafe führen, hat das Urteil augenscheinlich die Sprache verschlagen. Das ist gleich in mehrfacher Hinsicht bedrückend.

Die Praxis des Lebenslang ...

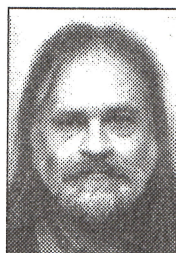
Es gibt die weitverbreitete Auffassung, daß zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene - und das sind fast ausschließlich nach § 211 („Mord“) verurteilte Gefangene - in der Regel nach 15 bis allerhöchstens 20 Jahren entlassen werden. So wandte Oliver Tolmein in einer der ganz wenigen kritischen Stellungnahmen zum Urteil gegen Christian Klar

im „Freitag“ (6.3) ein: „Zwar wird gemeinhin mit Mördern, auch NS-Massenmördern, wenn überhaupt je wegen Mordes verurteilt, Sexualstraftätern, die Frauen und Kinder gequält und getötet haben, anders umgegangen - sie sitzen in der Regel nicht länger als 20 Jahre ein.“ Das trifft zu für NS-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas, den Völkern des europäischen Ostens und der Bevölkerung in anderen besetzten Gebieten, an den Roma, an zu „Volksfeinden“ erklärten Minderheiten ..., also für jene Verbrechen, die im Namen Deutschlands und in Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols verübt wurden. Ansonsten trifft diese Aussage jedoch nicht zu. Die lebenslange Freiheitsstrafe wird in der BRD durchschnittlich 21 Jahre lang vollstreckt, länger als in jedem anderen Land in Europa. Viele Gefangene sind mehr als 25 Jahre inhaftiert, und in den vom Komitee für Grundrechte und Demokratie durchgeführten Anhörungen gegen die lebenslange Freiheitsstrafe (im Mai 1993 und März

1994) wird sogar von Fällen berichtet, in denen Vollstreckungskammern eine Mindesthaftdauer von 40 und sogar von 50 Jahren (!) für „schuldangemessen“ halten. Für jeden sechsten der zu lebenslang Verurteilten wird das Urteil buchstäblich bis zum Tode vollstreckt: Sie sterben im Gefängnis.

Der OLG-Entscheid gegen Christian Klar ist nicht deshalb so unerträglich, weil die Länge der Mindesthaft völlig einzigartig wäre, sondern er ist auch deshalb unerträglich, weil die angeordnete Mindesthaftzeit nicht einzigartig ist. Er wirft ein Licht auf die Praxis des „Lebenslang“ und müßte Anlaß für einen neuen Anlauf sein, die lebenslange Freiheitsstrafe als grausam und „Todesstrafe auf Raten“ zu ächten. Darüber hinaus allerdings hat das Urteil angesichts des gegen die Gefangenen aus der RAF praktizierten Sonderrechts und der immer noch praktizierten Sonderhaftbedingungen und angesichts des zugrundeliegenden politischen Konfliktes eine besondere Bedeutung.

... und alle anderen Gefangenen aus der RAF !!!



Rolf Heißler schrieb in einem Leserbrief an die „Badische Zeitung“, der am 3.3.98 abgedruckt wurde, u.a.:

„Christian Klar, wie alle Gefangenen aus der RAF, unterlagen und unterliegen in der BRD verrechtlicht, gleichwohl menschenrechtswidrig, jahrelanger Isolationsfolter und andauernder Sonderbehandlung mit entsprechenden psychisch und physisch zerstörenden Auswirkungen. Deswegen kann es uns auch nicht um Gnade gehen,

sondern lediglich um unser Recht auf Freiheit.

Wenn die Bundesanwaltschaft die politischen Gefangenen nur einmal wie normale Gefangene behandelte und sich an die eigenen Gesetze hielte, dürfte sie ihre Zeit nicht länger mit Anträgen für die Festlegung der Mindesthaftdauer verschwenden, sondern müßte wegen unserer durchgängigen Sonderbehandlung sich für unsere sofortige Freilassung einsetzen, weil auch bei normalen Gefangenen erschwerte Haftzeit (im Ausland) mehrfach angerechnet wird.

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, Frankenthal“



Für **Sieglinde Hofmann**, wir berichteten, setzte das Oberlandesgericht Köln eine Mindesthaftzeit von 19 Jahren fest. Sie soll frühestens im Jahr 1999 entlassen werden können.



Für **Heidi Schulz**, deren Anhörung ebenfalls bereits Anfang Dezember 1997 stattfand, hat das OLG bisher noch keine Entscheidung getroffen. Heidi Schulz ist seit 15 Jahren inhaftiert, die lange Isolationshaft hat ihrer Gesundheit schwere Schäden zugefügt, die Bundesanwaltschaft hat 19 Jahre mindestens beantragt.



Bei **Brigitte Mohnhaupt** steht das Verfahren, in dem das Vollstreckungsgericht die Mindesthaftdauer festlegt, noch an.

Generell muß daran erinnert werden, daß die Mindesthaftdauer mit der tatsächlichen Freilassung nicht zu wechseln ist. Die Entscheidung über die Mindesthaftdauer legt nicht einmal fest, ob zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene überhaupt freigelassen werden. Bevor sie freigelassen werden, müssen sie eine erneute Prozedur über sich ergehen lassen, mit der eine „Gefährlichkeitsprognose“ erstellt wird, von der ihre Freilassung abhängt. In den bisherigen Auseinandersetzungen um die Freilassung von Gefangenen aus der RAF wurde bis zuletzt versucht, die Gesinnung der Gefangenen zu brechen, sie durch ein erzwungenes psychiatrisches Gutachten zu pathologisieren. (Red.)

... unter den Bedingungen der Isolationshaft für die Gefangenen aus der RAF

Jede langdauernde Haft widerspricht dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Leben kann sich nur in einer vielfältigen Wirklichkeit, im freien Austausch mit anderen Personen verwirklichen und entwickeln. Den Menschen, denen diese Möglichkeit auf lange Zeit entzogen wird, wird Furchtbares angetan. Ihre psychische, soziale und wirtschaftliche Existenz wird vernichtet, und auch ihre physische Existenz wird irreparabel beschädigt. Um wieviel mehr gilt dies für Menschen, die wie die Gefangenen aus der RAF jahre- und jahrzehntelang Isolationshaftbedingungen bis hin zur völligen Kontaktsperre unterworfen waren und immer noch sind und die, als politische Menschen, in ganz hohem Maße auf Kommunikation angewiesen sind.

Gerade Christian Klar ist bis heute in starkem Maße Sonderhaftbedingungen ausge-

setzt: wenig Besuche, Postkontrolle, Verbot, an einem Informatik-Fernstudiengang teilzunehmen, Verbot von Interviews, selbst für das Recht, mit Angehörigen zu telefonieren, mußte er fünf Wochen in den Hungerstreik treten.

Auch wenn es schwer sein mag, die potenzierte Gewalt langjähriger Isolationshaft zu (er)messen, gibt es in anderen Ländern Regelungen, erschwerte Haftbedingungen mehrfach anzurechnen. Selbst das Celler Oberlandesgericht hat die Haftbedingungen von Kani Yilmaz im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh-Prison, wo er 1014 Tage lang in Auslieferungshaft saß, mit dem Faktor 1,2 angerechnet. Würden die Gerichte im Fall der RAF-Gefangenen zu einer halbwegs angemessenen Anrechnung der Sonderhaft gezwungen werden können, könnten, ja müßten nahezu alle sofort entlassen werden.

Umgekehrt bedeuten die 26 Jahre Mindesthaft für Christian Klar unter den bekannten Bedingungen, daß Bundesanwaltschaft und OLG mit kalter Berechnung jede Lebensperspektive zu vernichten, in Raten ein Todesurteil zu vollstrecken suchen.

Die Botschaft des Urteils

In diesen Tagen wurde Peter-Jürgen Boock, zu dreimal lebenslanger Haft plus 15 Jahren verurteilt, nach 17 Jahren Haft entlassen, nachdem er bereits viereinhalb Jahre Freigänger war. Peter Jürgen Boock gehörte wie Christian Klar der RAF an, war wie dieser im Zusammenhang mit der Tötung von Ponto und Schleyer verurteilt. (Andere in diesem Zusammenhang Verurteilte wie Susanne Albrecht und Monika Helbig sind als Kronzeuginnen zu Zeitstrafen verurteilt und nach wenigen Jahren entlassen worden.) Im Unterschied zu Peter-Jürgen Boock hat Christian Klar keine Aussagen über (angebliche) Sachverhalte und die Beteiligung anderer gemacht, weder mit den Verfolgungsbehörden zusammengearbeitet noch sich als „Ex-Terrorist“ der Öffentlichkeit präsentiert und als Kronzeuge für die politische und moralische Verwerflichkeit der RAF und ihrer Politik und die Legitimität der staatlichen „Antiterrorismusbekämpfung“ zu Markte getragen. Dafür wird er mit weiteren elf Jahren mindestens abgestraft.

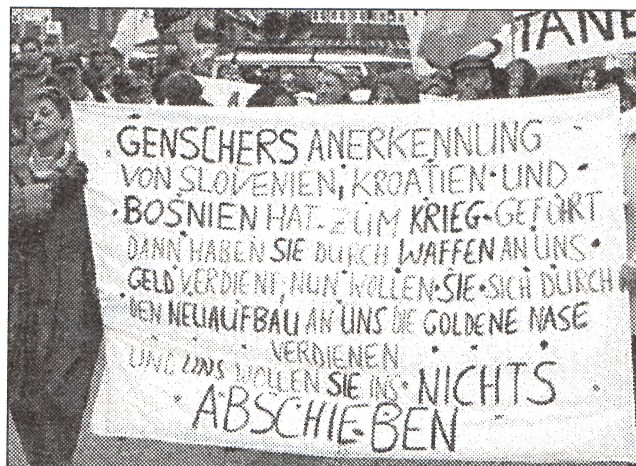
Beides zusammen - die Entlassung Peter-Jürgen Boocks und die maßlose Ausdehnung der Haft für Christian Klar - enthält eine an die Öffentlichkeit gerichtete Botschaft: daß der Staat durchaus „Milde“ walten lasse gegen die, die ihre Taten bereuen, Härte aber gegen die, die das nicht tun. Tatsächlich legitimiert die vermeintli-

che „Milde“ gegen Boock, seine „vorzeitige“ Entlassung, die maßlose Härte gegenüber Christian Klar.

Daß weder Christian Klar noch ein anderer Gefangener aus der RAF sich nach einer Entlassung in den Untergrund absetzen, um den bewaffneten Kampf weiterzuführen, weiß die Bundesanwaltschaft, die die Gefangenen bis in den letzten Winkel kontrolliert, nur zu genau. Das kann jeder wissen, der sich mit den Beiträgen der Gefangenen zur Diskussion auch ihrer Geschichte befaßt. Nicht darin also liegt der Grund für die weitere Inhaftierung. Das Gericht behauptet eine „besondere Schwere der Schuld“, die nicht nur darin besteht, daß die RAF das staatliche Gewaltmonopol offen in Frage gestellt hat. Vor allem besteht sie darin, daß Christian Klar sich von der Übermacht des Staates nicht hat überwältigen lassen, daß er den Kniefall verweigert, daß er an seinen politischen Motiven, an der Kritik der imperialistischen Politik der BRD auch in der Haft festhält. Mit den 26 Jahren Mindesthaftzeit hält der Staatsapparat an der vom faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt begründeten und im Kampf gegen die RAF stets praktizierten Linie fest, politische Gegner als Feinde aus der Gesellschaft auszugrenzen und zu vernichten.

In den 60er Jahren hatte die BRD mit der Unterstützung für den US-Aggressionskrieg gegen Vietnam damit begonnen, erneut offene Gewalt zur Gestaltung politischer Verhältnisse anzuwenden. Das war eine der Entstehungsbedingungen für die RAF. Heute ist die BRD auf diesem Weg weit fortgeschritten. Politischer Widerstand, wie schwach er momentan auch scheinen mag, ist unvermeidlich. Mit dem Urteil gegen Christian Klar statuiert der Staat ein Exempel, um nicht nur das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols, sondern den aggressiven Gebrauch staatlicher Gewalt nach innen und außen zu bekräftigen. In den Versuchen, den Widerstand dagegen zu organisieren, muß die Forderung nach der Freilassung der Gefangenen aus der RAF auch deshalb stets gegenwärtig sein.

(scc, aus: Politische Berichte 6/98)



Bei der Zerteilung Jugoslawiens spielte die BRD, auch mittels militärischer Gewalt, eine zentrale Rolle. Bild: Flüchtlinge aus dem ehem. Jugoslawien demonstrieren gegen ihre Abschiebung

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Der 18. März ist zwar bei Erscheinen dieser Ausgabe gerade vorbei – zu spät also, um zu den verschiedenen Aktionen aus Anlaß des Tages der politischen Gefangenen aufzurufen, zu früh, um darüber zu berichten. Trotzdem möchten wir den diesjährigen Aufruf veröffentlichen; wenn möglich, werden wir in der nächsten Ausgabe über Aktionen berichten. (Red.)

Wir rufen dazu auf, sich an den Aktivitäten zum 18. März 1998 zu beteiligen. Wir wollen diesen Tag als bundesweiten Aktionstag für Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung weiter verankern. Machen wir den 18. März gerade auch zu einem starken Ausdruck der Solidarität mit den politischen Gefangenen. Wir fordern alle linken und fortschrittlichen Gruppen auf, in vielfältiger Weise in Aktion zu treten. In ca. 20 Städten und Regionen fanden in den vergangenen zwei Jahren Veranstaltungen, Kundgebungen und andere Aktionen statt. Daran wollen wir 1998 anknüpfen.

Solidarität ist Grundlage linker Politik

In allen kapitalistischen Staaten dient die (Klassen)justiz der Sicherung der herrschenden Ordnung. Seitdem es politische Justiz gibt, ist es ihre Aufgabe, einzelne aus revolutionären und oppositionellen Bewegungen zu reißen und in die Knäste zu sperren; mit dem Ziel, die Einheit und Entschlossenheit der Kämpfe zu zersplittern, die jene für eine Gesellschaft fechten, in der die freie Entfaltung des Individuums die Bedingung ist für die freie Entfaltung aller.

Solidarität ist und bleibt die wichtigste Grundlage der Linken. In der Solidarität mit den politischen Gefangenen vermag sich das gemeinsame Ziel der Kämpfe, die solidarische Gesellschaft, abzubilden.

Hoch die internationale Solidarität!

Alle Kämpfe um soziale Emanzipation müssen von veränderten Bedingungen ausgehen. Nach der Auflösung des sozialistischen Staatenbundes nutzt das Kapital alle neu entstandenen Möglichkeiten für seine scheinbar unaufhaltsame globale Expansi-

on. Eine „neue Weltordnung“ ist ausgerufen worden. „Demokratie und Menschenrechte“ werden als imperialistische Kampfbegriffe ins Feld geführt, um Profitsteigerung und kapitalistische Verwertbarkeit politisch zu legitimieren und wirtschaftspolitisch und militärisch durchzusetzen.

Aber weltweit werden sich immer wieder Menschen zusammenfinden, um ge-

gen diese „neue Weltordnung“ anzukämpfen. Und wo

baskischen Gefangenen gegen die immer noch angewandte Folter und für ihre Verlegung in Knäste in Euskadi (Baskenland).

Mit der Erstürmung der u.a. für die Freilassung von politischen Gefangenen besetzten japanischen Botschaft in Peru im April 1997 und der Ermordung aller an der Aktion beteiligten MRTA-KämpferInnen ist die Hoffnung auf eine zum Greifen nahe Perspektive für politische Gefangene in Peru zerschlagen worden. Ob in Peru, Nicaragua, Argentinien, Chile, Kurdistan, Palästina, USA, Nordirland ... die Liste ließe sich lange fortsetzen ... die Lage der politischen Gefangenen schreit nach der einzigen substantiellen Lösung: Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit. Hoch die internationale Solidarität.

Zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD

Weiterhin sind Menschen aus dem seit Anfang der siebziger Jahre geführten bewaffneten Kampf in der BRD im Knast.

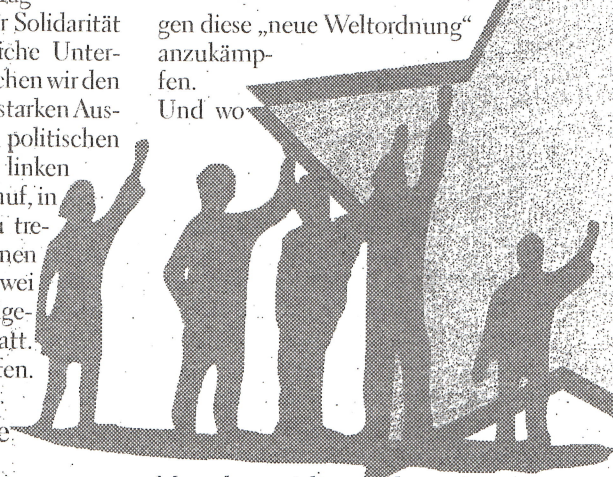
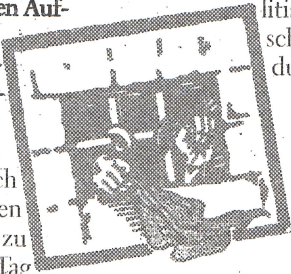
Die Folgen der jahrelangen Isolationsfolter haben die Gesundheit der Gefangenen aus

der RAF derartig angegriffen, daß bei einigen zu befürchten ist, ob sie den Knast lebend verlassen werden.

In den BRD-Knästen werden Menschen weggesperrt, die sich hier in Anlehnung an die antiimperialistischen Befreiungskämpfe in ihren Herkunftsländern organisieren. In der BRD werden z.B.: kurdische, tamilische und revolutionäre türkische Organisationen kriminalisiert und Menschen, die mit ihnen in Verbindung gebracht werden, verfolgt und weggesperrt. So sitzen z.B. mehr als 400 kurdische Frauen und Männer hier in den Knästen.

Linke Fundamentalopposition in der BRD wird immer wieder mit Verfahren überzogen. Einzelne AntifaschistInnen und AtomkraftgegnerInnen etc. werden herausgegriffen und weggesperrt. Totalverweigerer werden zu längeren Haftstrafen verurteilt.

Nach der Annexion der DDR werden seitens der BRD Menschen aus der ehemaligen DDR mit einer Prozeßflut von über 120.000 Verfahren überzogen. So widersprüchlich die diversen Positionen in der Linken zur Bewertung der DDR sind, darf



dieser Akt der Siegerjustiz nicht hingenommen werden.

Derzeit betreibt die BRD eine Politik der Umstrukturierung der Gesellschaft mit dem Ziel, sich innerhalb der verschärften weltweiten Konkurrenz im Kapitalismus weiterhin durchzusetzen. Nach dem Wegfall der sozialistischen Staaten kann diese Politik unverfrorener als in der Vergangenheit durchgesetzt werden. Sozialausgaben werden gekürzt bzw. gestrichen, für das Kapital nicht mehr verwertbare Menschen in die Verelendung getrieben.

In dieser Situation versuchen Menschen, sich individuell durchzuschlagen, statt gemeinsam ihre Bedürfnisse durchzusetzen. Rassistische Ideologie mit den entsprechenden Umsetzungen sind in der Politik und in breiten Teilen der Gesellschaft verankert. Die Ausgrenzung und Verfolgung von AusländerInnen, Flüchtlingen, Obdachlosen, Andersdenkenden etc. nimmt immer größere Ausmaße an.

Die Abschottungspolitik Europas und der BRD wird erst durch diese rassistische Ideologie ermöglicht. Die Ostgrenzen werden mit einem enormen personellen und maschinellen Aufwand gesichert, der jedes Jahr viele Menschen das Leben kostet. Viele derjenigen, die es schaffen, in die Festung zu gelangen, werden kriminalisiert, in Abschiebeknäste gesteckt und - oftmals in die Hände ihrer Verfolger - abgeschoben.

Die fortgesetzte Verbiegung des Grundgesetzes, der sog. 'Große Lauschangriff' sowie die Einschnitte in die Rechte von Angeklagten in Strafprozessen sind weitere Facetten dieser Umstrukturierung. Die sogenannte „Organisierte Kriminalität“ dient als Vorwand für die Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, für den (großen) Lauschangriff und die unbeschränkten Möglichkeiten der europäischen Polizeiorganisation EUROPOL. Als Instrument zur Bekämpfung von Widerstand gegen diese Politik wurden Unterbindungsgewahrsam und die Hauptverhandlungshaft eingeführt.

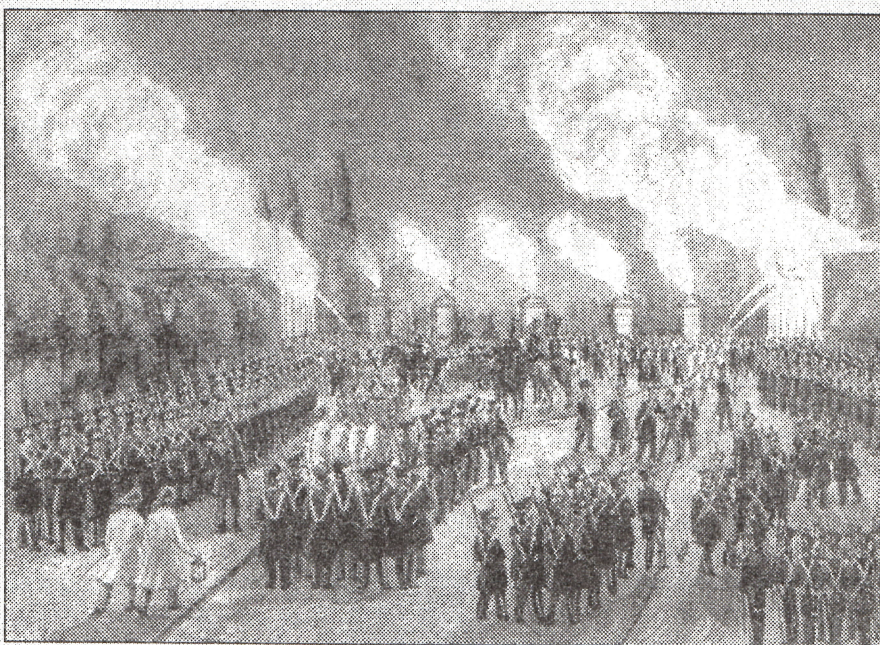
Die Kriminalisierung linker Politik hat Tradition nicht nur in der Geschichte der BRD, sondern in der Geschichte bürgerlichen Parlamentarismus überhaupt, dessen 150jähriges Bestehen 1998 staatlicherseits abgefeiert werden wird.

Diese Tradition muß bekämpft werden! Unsere Solidarität ist eine wichtige Waffe gegen Kriminalisierung linker Politik - nicht nur in der BRD, sondern weltweit.

Der Aktionstag am 18. März ist ein Ausdruck von Solidarität mit politisch Verfolgten und politischen Gefangenen. Deshalb fordern wir alle Gruppen und Menschen auf, sich mit vielfältigen Aktionen an diesem 18. März zu beteiligen.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Bundesweites Koordinierungstreffen zum
Aktionstag am 18. März 1998



Der 18. März hat eine lange Tradition. Unter anderem ist er mit den Barrikadenkämpfen des Berliner Proletariats am 18. März 1848 verbunden. Dazu heißt es in einer auch als Sonderbeilage der jungen Welt herausgegebenen Sonderzeitung der Roten Hilfe e.V.: „Das Datum des 18. März 1848 steht für die Barrikadenkämpfe des Berliner Proletariats, das militant gegen das preußische Militär vorging. Im ganzen Land hatten sich Regionen des Widerstandes und des Aufbruchs gebildet, die sowohl gegen die Vertreter der alten Ordnung - die Junker und die feudalistischen Regime - wie auch die der neu entstehenden Ordnung - die Bourgeoisie - rebellierte. Es wurden grundlegende demokratische Freiheiten wie die Volksbewaffnung und das Assoziationsrecht erkämpft. Schließlich stand 1848 jedoch vor allem für die vollendete Konterrevolution: der Klassenkampf in Frankreich und die Heftigkeit der Forderungen des Proletariats in Deutschland trieb das verängstigte Bürgertum in die Arme der Reaktion. Der revolutionäre Aufbruch, der unvollendet geblieben war, wurde von einem Bündnis von Bourgeoisie und Junkertum blutig niedergeschlagen. Übrig blieb die Macht des Bürgertums, gefestigt durch Wahlen, Nationalversammlung und liberaldemokratische Verfassung.“

Das Bild gibt eine Szene der revolutionären in Hamburg, St. Georg, wieder: Arbeiter und Handwerker stürmten das Steintor und zündeten das Wachhaus an. Das hanseatische Bürgertum drohte, wie es in Deutschland immer schon üblich war: „Diese Alle wird die gerechte Strenge des Gesetzes treffen.“

Zusammenfassender Bericht über den Prozeß

In Sachen Monika Haas

Der „Fall“ Monika Haas nähert sich seinem Ende. Und damit die schier unglaubliche Geschichte eines Gerichtsverfahrens, in dem die Anklage bis heute mit allen Mitteln versucht, Beweise und Zeugen zu produzieren.

Seit der Entlassung von Monika Haas aus 21/2-jähriger Untersuchungshaft im März 1997 ist der Prozeß fast völlig aus den Medien verschwunden. Wir wollen Sie deshalb über die Entwicklung der vergangenen Monate informieren.

Demontage einer Kronzeugin

Die von der Bundesanwaltschaft als Haupt-

belastungszeugin präsentierte Souhaila Andrawes hat in ihrer Aussage folgendes berichtet:

Sie sei am Nachmittag des 7. Oktober 1977 mit ihrem Begleiter Akache im Hotel (gemeint ist das Hotel Saratoga) angekommen. In der gleichen Nacht sei später Monika Haas mit einem Kinderwagen, mehreren Bonbondosen, in denen Waffen versteckt gewesen sein sollen, sowie einem als Waffenversteck dienenden Radio in das Hotelzimmer gekommen. Außer ihr seien noch die beiden Männer des Kommandos anwesend gewesen.

Dieser Aussage widersprechen u.a. die Er-

kenntnisse des Bundeskriminalamtes:

Demnach ist Souhaila Andrawes in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1977 zwischen 1.00 und 2.00 Uhr nachts im Hotel eingeecheckt und zusammen mit ihrem Begleiter auf das von ihm gemietete Zimmer gegangen. Die Aussagen des Nachtportiers, der 1977 vernommen wurde, ergaben weiterhin, daß in dieser Nacht keine weiteren Vorkommnisse, also auch keine nächtlichen Besucher mit Kinderwagen, zu verzeichnen waren.

Die Halle des Hotel Saratoga ist klein und überschaubar, die Aufzüge liegen unmittelbar neben der Rezeption. Falls diese nachts kurz nicht besetzt war, wurde die Eingangstür abgeschlossen, und Besucher mußten sich mit einer Klingel bemerkbar machen. Diese Recherchen der Verteidigung bestätigte der damalige Tagportier des Hotels Saratoga. Der am 7. Oktober 1977 diensthabende Nachtportier, 1980 verstorben, berichtete bei seiner Vernehmung 1977 nichts über zwei nächtliche Besucher.

Warum log Souhaila Andrawes in ihrer Aussage? Wollte sie sich als Kronzeugin einen Strafnachlaß erkaufen?

Bei der Verkündung ihres Urteils am 19. November 1996 hat Souhaila Andrawes in mehreren Sprachen laut gerufen: „Monika Haas hat die Waffen nicht nach Mallorca gebracht!“ Doch das Frankfurter Oberlandesgericht weigerte sich, diese klare Aussage zu berücksichtigen, sie wurde als „unerhebliches Detail“ zurückgewiesen.

Der neue „Kronzeuge“

Die Bundesanwaltschaft reagierte schnell auf den offensichtlichen Verlust ihrer „Belastungszeugin“. Zwei Tage nach der Urteilsverkündung gegen S. Andrawes zauberte sie im Verfahren gegen Monika Haas einen neuen „Kronzeugen“ aus dem Hut: den Libanesen Said Ali Slim.

Said Ali Slim, der im Libanon wegen Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst Mossad in Haft sitzt, hat seit her mehrere, sich gegenseitig ausschließende Aussagen über seine angebliche Beteiligung an der Entführung der Luftwandschmaschine „Landshut“ im Oktober 1977 gemacht. Die Protokolle seiner Vernehmung im Beisein von BKA-Beamten - verraten die gleiche Taktik, die auch schon bei der Vernehmung von Souhaila Andrawes zum „Erfolg“ führte: Said Ali Slim wurde wiederholt mit angeblichen „Tatsachen“ konfrontiert, die ihm als erwiesen präsentiert wurden. Folgerichtig ist seine Aussage - wie bereits bei Souhaila Andrawes - eine Nacherzählung vorgehaltener „Tatsachen“, die Monika Haas belasten. Die Befragung wurde schleunigst beendet, als er die einzige „echte“ Frage (wann er „Amal“ (Monika Haas) kennengelernt habe) so beantwortete, daß sie der zeitliche Rekonstruktion der Bundesanwaltschaft über den Ablauf widerspricht.

Auch die Identifizierung mit Hilfe von

Bildern spricht einem objektiven Verfahren Hohn: Dem Zeugen wurde eine Lichtbildmappe mit 12 Bildern vorgelegt. In dieser Lichtbildmappe befanden sich drei Fotos von Monika Haas und neun von jeweils einer Vergleichsperson. Said Ali Slim konnte sich nicht erinnern, irgendeine dieser Personen schon einmal gesehen zu haben. Daraufhin wurde ihm eine zweite Mappe präsentiert, diesmal mit sieben Lichtbildern. Fünf davon zeigten Männer, auf zwei Bildern sind Frauen zu sehen, eine Palästinenserin und Monika Haas. Bei der Vorlage dieser Mappe identifiziert Said Ali Slim Monika Haas „sofort“.

Die ursprüngliche Strafe von Said Ali Slim, zehn Jahre Zwangsarbeit, wurde zwischenzeitlich auf vier Jahre reduziert. Zur Begründung wurden humanitäre Gründe angegeben.



Ein rechtsstaatliches Verfahren?

Monika Haas wird eine strafbare Handlung zur Last gelegt, die zwanzig Jahre zurückliegt - Grund genug, das Erinnerungsvermögen von Zeugen sehr genau zu prüfen. Ein Gericht ist per Gesetz verpflichtet, Aufklärung zu betreiben und Widersprüche zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie sich nicht ausräumen lassen.

Anders der 5. Strafsenat. Wann immer die Verteidigung von ihrem Fragerecht Gebrauch macht, kommt es zu massiven Störungen, Unterbrechungen, Nichtzulassung von Fragen, Disputen mit der Verteidigung über Formalien etc. Kommt ein Zeuge in Bedrängnis, hilft die Bundesanwaltschaft, und das Gericht sekundiert bis hin zur Aufforderung an den Zeugen, die gestellte Frage nicht zu beantworten. Beweisansprüche der Verteidigung werden abgeschmettert, von der Verteidigung gewünschte Entlastungszeugen werden nicht geladen. Jedes Mittel wird genutzt, um entlastende Fakten nicht zu Gehör zu bringen.

Bei Prozessen vor Oberlandesgerichten werden Zeugenaussagen sowie der Verhandlungsverlauf nicht protokolliert. Bei Beschlüssen des 5. Strafsenats wurde offenbar, daß die fünf Richter an entscheidenden Punkten eine Erinnerung an Zeugenaussagen haben, die von den Mitschriften der Verteidigung erheblich abweicht.

Im gesamten letzten Jahr war die Pro-

zeßführung äußerst schleppend, die durchschnittliche Verhandlungsdauer pro Termin betrug eine Stunde. Der Wille des Gerichts, eine Verurteilung zu erreichen, scheint trotz der Beweislage nach wie vor ungebrochen, dies wird besonders durch die unverhohlene Voreingenommenheit des Gerichts demonstriert.

Konsequenzen für Monika Haas

Die Aussichten auf ein Strafmaß, das Monika Haas zurück in den geschlossenen Vollzug bringt, sind gering. So könnte der Eindruck entstehen, alles sei gar nicht so schlimm. Für Monika Haas hat eine Verurteilung jedoch einschneidende Konsequenzen.

Während sie in Untersuchungshaft saß, wurde Monika Haas von ihrem Arbeitgeber, dem Land Hessen, fristlos gekündigt. In erster Instanz ist diese Kündigung zurückgewiesen worden, dagegen hat das Land Hessen Berufung eingelegt. Der Richter des Landesarbeitsgerichtes hat das Berufungsverfahren ausgesetzt und seine Entscheidung an das Urteil im Strafverfahren gebunden. Eine Verurteilung des 5. Strafsenats würde also automatisch die fristlose Kündigung von Monika Haas nachträglich legitimieren. Angesichts der Arbeitsmarktsituation auch eine Verurteilung zur Arbeitslosigkeit.

Im Falle einer Verurteilung muß Monika Haas die Prozeßkosten tragen, die inzwischen zu einem siebenstelligen Betrag aufgelaufen sind. Auch wenn Monika Haas wieder eine Anstellung fände, würde sie lebenslang an diesen Schulden tragen. Zwei ihrer Kinder sind in der Ausbildung (Schule und Studium), seit der Verhaftung 1994 lebt die Familie von Sozialhilfe. Aus dieser Situation käme Monika Haas nicht mehr heraus.

Monika Haas tritt weiter für ihr Recht ein - doch das kostet Geld.

Wir bitten Sie deshalb um Spenden, die eine weitere Verteidigung (d.h. auch die Möglichkeit einer Revision) sicherstellen.

Gleichzeitig ist es gerade in der Schluphase sehr wichtig, daß viele Menschen den Prozeß beobachten und auch öffentlich deutlich machen, daß sie das Verfahren aufmerksam und kritisch verfolgen.

Forum für Monika Haas, im März 1998

Achtung! Für den 30. März hat Monika Haas eine Erklärung angekündigt. Ein guter Besuch und aufmerksame Beobachtung ist hilfreich!

Die nächsten Prozeßtermine sind:

Montag, 30. März, 10:15 Uhr

Donnerstag, 9. April, 12:00 Uhr

Montag, 20. April, 13:30 Uhr

Donnerstag, 23. April, 10:15 Uhr

Montag, 4. Mai, 13:00 Uhr

jeweils im Gerichtsgebäude E, Saal II, Eingang Konrad-Adenauer-Straße, Frankfurt am Main

Teilnehmer der Arbeitslosendemo 4 Wochen eingeknastet

Sie sind der Rechtsbeistand von Wolfgang Wurster, der seit dem 5. Februar in Moabit in Untersuchungshaft saß. Warum wurde er verhaftet?

Wolfgang Wurster wurde im Zusammenhang mit der Demonstration der Arbeitslosen am 5. Februar verhaftet. Vor dem Rathaus Schöneberg kam es an dem Tag zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. In diesem Zusammenhang soll eine Gruppe von Leuten unter den Rufen: „Diepgen, komm raus“, „Diepgen, wir holen dich!“ versucht haben, das Rathaus Schöneberg zu stürmen. In dieser Gruppe soll sich auch mein Mandant befunden haben.

Das Gesetz sieht vor, daß zwei Wochen nach dem Antrag auf mündliche Haftprüfung diese durchzuführen ist. Doch in diesem Fall wurde die gesetzlich vorgesehene Frist um sage und schreibe zwei Wochen überzogen. Der Hintergrund für diese Verzögerung ist mir nicht ersichtlich. Es liegt offensichtlich kein Verschulden des Gerichtes vor. Das Gericht hat tatsächlich die Akte erst vor wenigen Tagen erhalten. Das heißt, die Verzögerung liegt allein in der Verantwortung der Staatsanwaltschaft. Mein Mandat ist am Freitag vor einer Woche aus der Haft entlassen worden.

Was hat Ihr Mandant jetzt zu erwarten?

Erst einmal ist zu erwarten, daß es in einigen Monaten zu einer Hauptverhandlung gegen meinen Mandanten kommt. Was dabei herauskommen wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend zu

sagen. Der Vorwurf, der gegen ihn erhoben wird, umfaßt verschiedene Straftatbestände: Widerstand, Landfriedensbruch, Versuch einer gemeinschaftlichen Körperverletzung und Vermummung plus Beleidigung. Alles Straftaten, die gesetzlich als nicht besonders gravierend anzusehen sind. Ich gehe nicht davon aus, daß mein Mandant eine Verurteilung zu erwarten hat, die eine Freiheitsstrafe nach sich ziehen wird, jedenfalls keine Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden wird. Ich halte auch verschiedene Anklagepunkte nach bisheriger Aktenlage für nicht nachgewiesen. Bei verschiedenen Anklagepunkten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein dringender Tatverdacht zu verneinen.

Wie bewerten Sie die Anklage gegen einen Teilnehmer der Demonstration der Erwerbslosen?

Ich denke, daß das auf jeden Fall in einem politischen Zusammenhang zu sehen ist. Der Tatvorwurf war zu keinem Zeitpunkt so gravierend, daß ein Haftbefehl zu rechtfertigen gewesen ist. Es ist schon erstaunlich, daß mein Mandant sich hierfür immerhin insgesamt vier Wochen in U-Haft befunden hat. Da drängt sich natürlich die Vermutung auf, daß hiermit auch von seiten der Staatsanwaltschaft ganz deutlich politische Zeichen gesetzt werden sollten, die gegen die Arbeitslosenbewegung insgesamt gerichtet waren. Auch das Verhalten der Staatsanwaltschaft beim Haftprüfungstermin deutet für mich darauf hin. Sie hat bis zuletzt an ihrem Antrag auf Verlängerung der Haft festgehalten. Sie hat gegen den Haftverschonungsbeschluß des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten Beschwerde beim Landgericht eingelegt. Es wird mit allen rechtlichen Mitteln versucht, meinen Mandanten wieder in Haft zu bringen. Ein derartiger Verfolgungseifer ist für mich nicht mit der Tat als solcher, sondern nur mit der politischen Prämisse zu erklären.

Interview: Karin Kulka.

Quelle: jungeWelt, 16.3.

Nachtrag zum Benezif im KOMM

Zuerst die gute Nachricht: Nach einer vorläufigen Bilanz blieb immerhin ein Gewinn von 5.500 DM für die politischen Gefangenen. Die Gelder gingen an Mumia Abu-Jamal (2.000 DM), die Gefangenen aus der RAF (1.000 DM), die gefangenen französischen GenossInnen von Action Directe (500 DM), die Companeras und Companeros der MRTA in den peruanischen Knästen (1.000 DM), die türkischen und kurdischen Gefangenen (500 DM) und an die palästinensische Kämpferin Souha Béhara (500 DM), die ohne Urteil seit 1988 in einem südlibanesischen Knast in Isolationshaft festgehalten wird, weil sie 1988 auf den Chef der von Israel unterstützten Südlibanesischen Armee geschossen hat.

Die schlechte Nachricht: Wie zu erwarten, versucht der Staatsschutz, die - auch innerhalb der Linken - umstrittenen Ereignisse am Samstagabend zu nutzen, um die politische Szene zu verunsichern. So wurden an verschiedene Menschen Vorladungen als „ZeugInnen“ vom K 14 verschickt (ein genauer Überblick fehlt uns bisher). Natürlich sollten solche B.vorladungen ignoriert werden, was hoffentlich auch geschieht. Für eine genauere Einschätzung und die Koordination eines gemeinsamen Vorgehens sollten Menschen, die einen solchen Schrieb erhalten haben, sich aber unbedingt an die Rote Hilfe in Nürnberg wenden (auch wenn sie nicht in Nürnberg wohnen).

Anna und Arthur halten's Maul!

Zu den Ereignissen um das Benefizwochenende im KOMM gibt es auch einen umfassenden Pressespiegel, der beim Infobüro für 2 DM + Porto zu bekommen ist. - Aus: Lucha continua März 98, Infobüro zur Situation der politischen Gefangenen international; das Infobüro hat eine neue Telefonnummer: (09 11) 2 72 66 30

Das Ohr auf die Schiene der Geschichte ...



Wir kommentieren, analysieren und bewerten nicht. Wir fragen Menschen von der Basis, deren politischer Alltag und Realität die Inhalte des bewaffneten Kampfes in der BRD waren und sind. Sie erzählen vergleichsweise unspektakulär, haben keine reißerisch aufmachbaren Geschichten auf Lager, „nur“ ihre eigene. Daneben haben wir die Daten und Fakten gestellt. Die Geschichte des bewaffneten Kampfes wird nie abgehackt, erledigt sein. Sie ist Teil der radikalen Linken und die Beschäftigung mit ihr notwendig für die Fragen „wie und wohnen?“ Um dieser Diskussion neue Anstöße zu geben - diese Broschüre.

Die Broschüre umfaßt 80 Seiten und kostet 5 DM das Stück. Bei Bestellungen über 10 Stück gewähren wir 30% Rabatt. Bestellungen gegen Vorkasse plus Porto an: Broschürengruppe „Ohrwürmer“, c/o Infoladen, Mörikestr. 69, 70199 Stuttgart

Totalverweigerer soll 16 Monate ins Gefängnis

Das Oberlandesgericht Celle hat im Januar die Revision eines Urteils abgelehnt, mit dem der Totalverweigerer Sebode 16 Monate ins Gefängnis geschickt wird. Der Sprecher der Totalen Kriegsdienstverweigerer-Initiative Brunschweig, Detlev Beutner, sagte dazu: „Seit 1991 hat es kein vergleichbares Urteil gegeben. Selbst in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, als im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß die Urteile sehr strikt waren, wäre es sehr hoch gewesen. 1982 wurden in Nürnberg - wie überall in Bayern Politsachen traditionell schärfer gehandelt werden - einmal 16 Monate verhängt, dann 1985 einmal ein Jahr und sechs Monate.“

Matthias Sebode, der im vorigen Jahr bereits fünf Monate wegen „Fahnenflucht“ im Gefängnis war, hatte in seiner Prozeßklärung seine Totalverweigerung ausführlich begründet und die Abschaffung des Asylrechts, die Kriminalisierung der Kurden durch den §129a, die deutsche Abschiebepolitik kritisiert, außerdem die rechtsextremen Vorkommnisse in der Bundeswehr. Als Beleg für die „imperialistische Großmacht-politik“ der BRD hatte er die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr angeführt, die u.a. Truppeneinsätze zur Sicherung der Rohstoffwege vorsehen. Der Richter der Kleinen Strafkammer des Landgerichts Göttingen begründete das Strafmaß unverhohlen damit, daß es für die deutsche Bevölkerung „unerträglich“ sei, „wenn sie in ihrer Gesamtheit erführe, daß dieser Angeklagte für sein beleidigendes und verleumderisches Verhalten auch noch dadurch begünstigt würde, daß deutsche Gerichte die Verbüßung einer gut fünfmonatigen Untersuchungshaft für ausreichend halten würden“.

Matthias hat sich mit einem Gnadengesuch an die Staatsanwaltschaft Göttingen sowie einer Petition an den Landtagspräsidenten des nds. Landtages gewandt.

(Quelle: jungeWelt, 10.3. -Red.)

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Am 10. April hat *Christa Klar* Geburtstag. Wir gratulieren herzlich und wünschen ihr, gerade jetzt, weiterhin viel Mut im Kampf für die Freilassung aller Gefangenen aus der RAF und alles Gute.



Lübeck und anderswo

Faschistenaufmärsche, Staatsschutz und Gegenwehr

Es scheint immer üblicher zu werden, daß Nazis ihre Aufmärsche geschützt von der Polizei durchsetzen können. Nach der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Dresden Mitte Januar, dem NPD-Kongreß in Passau Anfang Februar und zahlreichen kleineren Kundgebungen marschierten die Faschos am Samstag in Lübeck, im mecklenburgischen Neustrelitz und im thüringischen Saalfeld.

Der Aufmarsch in Lübeck war eine Wahlkampfveranstaltung des „Bündnis Rechts für Lübeck“, denn am kommenden Sonntag finden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen statt. Das „Bündnis Rechts“ kandidiert als einzige Partei rechts von der CDU und ist ein in der BRD bisher einmaliger Zusammenschluß zahlreicher Rechtsparteien mit Personen aus dem neofaschistischen Spektrum.

Bereits Ende Januar hatte das Bündnis Rechts versucht, im Lübecker Stadtteil Moisling einen Aufmarsch durchzuführen. Da einige Antifas damals aber brennende Barrikaden auf der Marschstrecke errichteten, verbot der SPD-Bürgermeister Bouteiller die Nazidemo und schickte die Faschos zurück in ihre Busse, da er die innere Sicherheit und Ordnung gefährdet sah.

Vor drei Tagen konnte der Aufmarsch nicht verhindert werden. 1.000 Beamte, eine Hundestaffel, zwei Wasserwerfer und ein Räumpanzer sicherten den Faschos den Weg durch den Lübecker Stadtteil St. Lorenz-Nord. Etwa 600 Antifas versuchten mit allen möglichen Mitteln, die Demonstration irgendwie zu verhindern, aber die Polizei kesselte und nahm alle in Gewahrsam, die

auch nur ein bißchen nach Gegendemonstrant aussahen. Ungefähr 400 Menschen wurden während der Faschodemo in Gefangenentransportern zum Behördenhochhaus gebracht und dort in Garagen und Containern eingesperrt.

Die 250 Nazis mit den Hamburger Anti-Antifa-Kadem Christian Worch und Thomas Wulff an der Spitze konnten so relativ unbehelligt durch den Lübecker Stadtteil ziehen. Es gelang lediglich, den Aufzug etwas zu verzögern und ihn durch kleinere Barrikaden und Blockaden immer wieder zum Stocken zu bringen. Aber der Räumpanzer und die Wasserwerfer an der Spitze des Aufmarsches machten den Weg für die Nazis zügig frei. Am Kundgebungsplatz der Faschos griff die Polizei die Antifas dann noch mal richtig an. Mit Wasserwerfern, Hunden und Knüppeln wurden die Demonstranten und Demonstrantinnen in die Seitenstraßen gedrängt und immer wieder einzelne herausgegriffen.

Die nächste Faschodemo in Schleswig-Holstein ist schon angemeldet. Am Samstag, den 28. März, wollen die Nazis um 10 Uhr in Bad Segeberg marschieren.

In Saalfeld waren die Dimensionen ein wenig größer. Fast 5.000 Antifas versammelten sich in der thüringischen Kleinstadt, um gegen ein geplantes nationales Jugendzentrum zu demonstrieren und die Repression gegen die erste Antifademo in Saalfeld anzuprangern. Im Oktober des vergangenen Jahres hatte ein breites Bündnis schon einmal den Versuch gestartet, eine Antifademo in Saalfeld durchzuführen. Die Demo wurde verboten, nachdem die Nazis eine Ge-

gendemonstration angemeldet hatten und die örtlichen Medien die Angst vor Krawallen durch linke Chaoten schürten. Rund 7.000 Beamte hatten damals Saalfeld abgeriegelt, zahlreiche Anreisende in Unterbindungsgewahrsam genommen und im stillgelegten Knast Unterwellenborn schikaniert.



Diesmal gab es keine Verbote. Auch 150 Nazis konnten eine Demonstration durchführen. Aber auch am Samstag behinderte die Polizei die Anreise der Antifas. 12 Busse, vor allem aus Berlin und Leipzig, wurden von der Polizei angehalten und sollten zurückgeschickt werden. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen. Letztlich wurden wieder 150 Demonstranten und Demonstrantinnen in den Knast nach Unterwellenborn gebracht und zahlreiche Platzverweise verteilt. Als Begründung gab die Polizei an, sie hätte gewaltbereite Demonstranten nicht nach Saalfeld reisen lassen wollen und hätte somit denjenigen Platzverweise erteilt, die als gewaltbereit bekannt seien.

Die dritte Demonstration am Wochenende fand in Mecklenburg-Vorpommern statt. Bereits Ende Februar hatte die dortige NPD eine Demonstration unter dem Motto „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ angemeldet, die aber verboten worden war. An diesem Samstag konnte die Demonstration der Nazis in Neustrelitz jedoch stattfinden. Wie in Lübeck fand auch in Mecklenburg eine Gegendemonstration statt - die blieb aber im großen und ganzen von der Staatsmacht unbehelligt.

Die Demonstration in Neustrelitz zeigt, daß die Nazis wieder versuchen, die soziale Frage mit ihren politischen Inhalten zu füllen. So gab es an den Aktionstagen der Erwerbslosen vor allem in ostdeutschen Städten kleinere Propagandaaktionen. Am 21. März sind im südostsächsischen Zittau und im baden-württembergischen Ludwigshausen erneut Kundgebungen unter dem Motto „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ geplant.

(Radio FSK, Hamburg)

Informationsstelle Kurdistan: Einstellung der Verfahren und Rückgabe aller Sachen

Erklärung zu den § 129a-Verfahren gegen InternationalistInnen aus der Kurdistan-Solidarität

Die „Informationsstelle Kurdistan“ in Köln hat eine Erklärung zu den § 129a-Verfahren veröffentlicht, in deren Zusammenhang kürzlich auch die Räume der Informationsstelle durchsucht worden waren (wir berichteten). Darin fordert die Informationsstelle die Einstellung der Verfahren und die Rückgabe aller beschlagnahmten Materialien, die der Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über „die Realität des um seine Freiheit kämpfenden kurdischen Volkes“ dienen sollten, weist den Vorwurf der BAW, die Beschuldigten hätten gewaltsame Aktionen in der BRD vorbereitet, zurück und appelliert an „die Linke in Deutschland“, „sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen“. Hier die Erklärung.

Am 5. Februar 1998 wurden zwei Wohnungen in Hamburg und eine Wohnung in Köln sowie die Bürogemeinschaft des Rechtshilfevereins AZADI und der Informationsstelle Kurdistan durchsucht. Grund der Razzien ist ein Ermittlungsverfahren gegen zwei InternationalistInnen, die in den Strukturen der Kurdistan Solidarität organisiert sind und arbeiten. Nach einem längeren Aufenthalt in Kurdistan sind beide erst vor wenigen Wo-

chen in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt. In den Durchsuchungsbeschlüssen der Bundesanwaltschaft (BAW) heißt es, daß es nach ihren Ermittlungen eine Gruppe gäbe, „die sich als Nachfolgeorganisation der RAF“ verstehe. Die „Beschuldigten und andere“ würden sich an einer „terroristischen Vereinigung beteiligen, deren Strategie sich am Vorbild der PKK orientiert“. In den Wohnungen wurden persönliche Sachen wie Computer, Software, Fotomaterial und Aufzeichnungen beschlagnahmt. Die beiden InternationalistInnen wurden vorübergehend zur erkennungsdienstlichen Behandlung (d.h. Fotoaufnahmen und Fingerabdrücke nehmen) auf den örtlichen Polizeipräsidien in Hamburg und Köln festgehalten

Krieg in Kurdistan und die Bedeutung des kurdischen Befreiungskampfes

In Kurdistan wird mit aktiver Unterstützung der Bundesregierung und des Nordatlantischen Bündnisses NATO ein Spezialkrieg gegen die Bevölkerung geführt. Aktuell können wir sehen, wie die US-amerikanische Kriegstreiberei gegen den Irak von der Tür-

Dunkles München

Staatsschutzkammer verurteilt kurdischen Schriftsteller

Der Präsident des kurdischen PEN-Zentrums Haydar Isik wurde am Dienstag von der Münchner Staatsschutzkammer wegen angeblicher Unterstützung der verbotenen PKK angeklagt. Der 60-jährige Schriftsteller, den das türkische Militär 1982 zwangsweise ausbürgerte, war von 1993 bis 1995 Vorsitzender des Kurdischen Elternvereins e.V. in München. Bis zum Verbot des Vereins Ende 1995 wurden hier Kinder in ihrer in der Türkei verbotenen kurdischen Muttersprache unterrichtet. Die Staatsanwaltschaft warf Isik vor, die Räume auch der PKK überlassen zu haben. So waren bei einer Razzia Plakate der Befreiungsfront ERNK zum kurdischen Newrozfest sowie Bilder des PKK-Vorsitzenden Apo gefunden worden. Isik, der

während des großen Kurdenaufstandes 1937 in Dersim geboren wurde, führte aus, wie ihn die Unterdrückung durch das kemalistische Regime bis heute prägte. In Deutschland sei er als Mitglied der Gewerkschaft GEW bemüht gewesen, den hier lebenden Kurden kulturelle und soziale Möglichkeiten zu schaffen. Die deutsche Polizei habe ihn dafür wie einen Terrorist verfolgt. Da nach Aussagen von Experten bis zu 80% der Kurden in der Türkei hinter der PKK stünden, besuchten natürlich auch PKK-Anhänger den Elternverein. „Jeder Kurde, jeder Türke und jeder Deutsche war mir im Verein willkommen.“ Isik erklärte, verbotene Symbole immer wieder entfernt zu haben, um den Verein nicht zu gefährden. Aber: „Das kurdische Volk hat Farben, Zeichen und Traditionen. Plötzlich galten die roten Sternchen als staatsgefährdend.“ Das Gericht verurteilte den Schriftsteller, dessen Bücher sogar vom bayerischen Kultusministerium für den Unterricht empfohlen werden, zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu 40 DM.

(aus: Lokalberichte München)

kei auf ihre Weise zu neuen Interventionen auf südkurdischem Gebiet genutzt wird. Bundeskanzler Kohl hat auf der letzten Wehrkundetagung in München für einen geplanten US-amerikanischen Militärschlag bundesdeutsche Flughäfen und Stützpunkte zur Verfügung gestellt. Die militärisch-polizeilich-geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen den entsprechenden Stellen der BRD und der Türkei ist vielfach dokumentiert. So werden z.B. kurdische Flüchtlinge, die aus der BRD in die Türkei abgeschoben werden, häufig aufgrund von Informationen deutscher Behörden in der Türkei festgenommen, inhaftiert, gefoltert und verurteilt. Die Bundesregierung verfolgt den legitimen kurdischen Widerstand und alle, die mit ihm sympathisieren, auch in Deutschland. Mit Hilfe des „PKK-Verbots“ soll die politische Arbeit der kurdischen Befreiungsbewegung im Exil unterbunden werden. Die PKK soll politisch gefügig gemacht und damit ihre Schärfe genommen werden. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes (vom 19. November 1997), daß freiwillige Spenden zur Unterstützung des Befreiungskampfes strafrechtlich verfolgt werden, macht eine weitere Dimension dieses Verbotes deutlich.

Kurdistan liegt im Fadenkreuz internationaler politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen. Vor allem die türkisch besetzten Gebiete werden von den westlichen Staaten als „Brückenkopf“ zum Nahen und Mittleren Osten und den öl- und rohstoffreichen GUS-Staaten gesehen. Der kurdische Befreiungskampf stellt für diese Interessen ein konkretes, unberechenbares Hindernis dar. Schon Anfang der 30er Jahre wurden in Südkurdistan kurdische Aufstände von der britischen Luftwaffe niedergebombt. Die Zerstörung der kurdischen Gebiete, Kultur und Gesellschaft hält seit dem Vertrag von Lausanne (1923) bis heute unvermindert an. Allein 1997 führte die türkische Armee in der „UN-Sicherheitszone“ unter den Augen des US-amerikanischen und britischen Militärs (Military Corporation Center, MCC) drei große Offensiven in Südkurdistan durch.

Die heutige Bedeutung des kurdischen Befreiungskampfes geht über die Gefährdung der wirtschaftlichen und militärischen Interessen der imperialistischen Staaten in der Region hinaus. Ein Erfolg dieses Kampfes mit seinen politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Perspektiven, die die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, seit ihrem Bestehen erkämpft hat, hätte direkte Auswirkungen auf die Situation des gesamten Mittleren Ostens und damit eine internationale Dimension. In Zeiten, in denen die Vorstellung, einen entschlossenen Kampf für den Sozialismus führen zu können, eine schwere Niederlage erlitten hat, stellt die PKK mit ihrer lebendigen sozialistischen Perspektive für das imperialistische Lager eine Gefahr dar. Der Aufbruch der feudalen Herrschaftsstrukturen, vor allem die emanzipatorischen Schritte in dem weltweit am

tieftsten verwurzelten Unterdrückungsverhältnis des Mannes gegenüber der Frau, Respekt gegenüber der menschlichen Entwicklung und der Umwelt tragen eine emanzipatorische Kraft in sich, deren Ausstrahlung schon heute neben Europa u.a. die EZLN in Mexiko, Südafrika und den Fernen Osten erreicht hat. Daher resultiert die harte Haltung der imperialistischen Kräfte unter US-amerikanischer Führung, die sich auch in der anhaltenden politischen und militärischen Unterstützung des türkischen Regimes dokumentiert.

Hoch die internationale Solidarität!

Die Verfolgung der zwei InternationalistInnen verstehen wir als Teil der bundesdeutschen Kriegsbeteiligung. Das neu eingeleitete Ermittlungsverfahren nach § 129a ist in diesem Kontext ein Angriff auf aktive und praktische Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Ein Teil der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung soll von den Befreiungskräften in Kurdistan getrennt, soll gesellschaftlich und politisch in der Bundesrepublik Deutschland isoliert werden.

„Teilen und herrschen“ ist ein uraltes Prinzip der Herrschaftssicherung und heute für die Bundesregierung und ihre Strafverfolgungsbehörden ein wichtiges Mittel, um ihre Beteiligung an dem schmutzigen Krieg in Kurdistan zu verschleiern. Diese Politik richtet sich gegen kurdische Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie gegen diejenigen Deutschen, die sich eindeutig auf die Seite der kurdischen Befreiungskräfte stellen. Diese beiden InternationalistInnen gaben der internationalen Solidarität praktischen Ausdruck, indem sie sich entschieden, die kurdische Befreiungsbewegung direkt kennenzulernen und zu unterstützen. Sie haben dazu beigetragen, eine Brücke der Solidarität und Verständigung zum kurdischen Volk und der kurdischen Befreiungsbewegung zu bauen. Dafür brachten sie Fotomaterial, das die Realität des Krieges dokumentierte, das alltägliche Leben in den Bergen und den Ausbildungscamps, in den Flüchtlingslagern und Dörfern. Sie machten Aufzeichnungen über das Leben dort, Interviews mit kurdischen Genossinnen und Genossen und der Bevölkerung, es gab Notizen von Gesprächen mit ehemaligen politischen Gefangenen, die z.T. 18 Jahre in türkischen Gefängnissen eingesperrt waren, oder auch mit solchen, die schon in der BRD inhaftiert waren. Dieses Material dokumentiert das Leben von Menschen auf der Flucht, aber auch im Kampf. Es berichtet über die Errungenschaften des Befreiungskampfes, aber auch über die vielen Probleme und darüber, wie die Befreiungsbewegung versucht, diese Probleme auch unter den Bedingungen des Krieges zu lösen. Das gesamte bei den Durchsuchungen beschlagnahmte Material sollte in Arti-

keln und bei Veranstaltungen die Realität des um seine Freiheit kämpfenden kurdischen Volkes vermitteln und dadurch ein Gegengewicht zu der meist oberflächlich verfälschenden und von türkischer Propaganda beeinflussten bundesdeutschen Tagespresse herstellen.

Weg mit dem § 129a – für eine starke internationalistische Bewegung

Mit dem Ermittlungsparagrafen 129a wird nun das Leben der zwei InternationalistInnen der totalen Überwachung unterworfen. Alle ihre Bewegungen mit anderen Menschen werden kontrolliert. Sie sollen in eine „terroristische“ Ecke gedrängt und isoliert werden. Mit der Durchsuchungsbegründung transportiert die Bundesanwaltschaft das staatseigene militaristische Denken auf andere. Nach diesem Denken kann eine Auseinandersetzung mit dem Kampf und den Zielen der PKK nur bedeuten, „sich Einheiten der PKK anzuschließen und eine militärische Ausbildung zu absolvieren“. Und weiter heißt es in dem Durchsuchungsbeschuß: „(...) die Gruppe beabsichtigt, in den Lagern der PKK praktische Erfahrungen zu sammeln und sodann mit Gewalt die politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland zu verändern.“

Assata Shakur, Aktivistin der früheren Black Panther Party, sagte einmal: „Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich als emotional ist (...) Entscheidungen (...) müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, was rational und notwendig zu tun ist.“ Der kurdische Befreiungskampf trägt tatsächlich eine ganz andere Dimension in sich, als irgendeine Waffe bedienen zu können.

Die Bundesanwaltschaft begründet weiterhin das Ermittlungsverfahren mit der wegen angeblicher Beteiligung am Sprengstoffanschlag der RAF auf den Knast Weierstadt (1992) gesuchten Andrea Wolf, die um sich „eine terroristische Vereinigung gebildet“ habe, die „sich als Nachfolgeorganisation der RAF“ (Zitat Durchsuchungsbeschuß) verstehe. Aus einem Fernsehinterview vom April 1997, das der kurdische Fernsehsender MED-TV im Frühsommer 1997 ausstrahlte, geht hervor, daß Andrea Wolf sich bei der kurdischen Guerilla aufhält. In der interim vom 21. August 1997 schreibt Andrea in einem Brief: „(...) von der PKK zu lernen heißt für mich, von Menschen zu lernen, die einen anderen kulturellen, historischen, aber auch ökonomischen Hintergrund haben, und die in den letzten zehn Jahren sehr viele Fortschritte in ihrem Kampf erzielt haben (...) ich werde meine Verantwortung nach besten Kräften wahrnehmen, das, was ich in Kurdistan mit eigenen Augen sehe, erlebe und lerne, den Menschen zu Hause mitzuteilen und ein-

fließen zu lassen in unseren Kampf um eine gerechte und menschenwürdige Zukunft.“

Die Kriminalisierung der beiden InternationalistInnen als „Mitglieder einer terroristischen Vereinigung“ ist gleichzeitig ein Angriff auf die Struktur der Kurdistan-Solidarität in der Bundesrepublik Deutschland, die sich in der Informationsstelle Kurdistan organisiert hat. Diese ist solidarisch mit der kurdischen Befreiungsbewegung, die von der Arbeiterpartei Kurdistans PKK geführt wird. Bewußt stellt sich die Kurdistan-Solidarität an die Seite des um Befreiung und Selbstbestimmung kämpfenden kurdischen Volkes. Sie will sich auch der Verantwortung als Teil der Linken in der Bundesrepublik Deutschland stellen und ist bemüht, Widerstand gegen die deutsche Kriegsbeteiligung in Kurdistan, gegen die Verfolgung und Unterdrückung zu entwickeln, ohne die Verhältnisse im eigenen Land aus den Augen zu verlieren. Denn das ist die beste und konkreteste Solidarität, die hier in der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden kann: „(...) im Grunde geht es darum zu kämpfen. Wir in Guinea kämpfen mit der Waffe in der Hand; ist sollt auch kämpfen, ich sage nicht mit Waffen, ich sage nicht auf welche Art, denn das ist eure Angelegenheit; aber es ist notwendig, Mittel und Wege zu finden. Das wird die beste Solidarität sein, die ihr leisten könnt.“ (Amílcar Cabral aus Guinea Bissau in den 70er Jahren an die europäischen fortschrittlichen Kräfte gerichtet)

- **Wir fordern die sofortige Einstellung der §129a-Ermittlungsverfahren gegen die beiden InternationalistInnen und die sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Materialien.**
- **Wir fordern die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Andrea Wolf.**
- **Die Linke in Deutschland fordern wir auf, sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen.**
- **Schluß mit der deutschen Kriegsbeteiligung in Kurdistan!**
- **Aufhebung der Verbote von PKK und ERNK in Deutschland!**



Presseerklärung von pwi vom 12.3.

pwi beobachtet Prozeß gegen Eva Juhnke in Van



Eine elfköpfige Delegation wird in der nächsten Woche (vor dem 18.3. - Red.) in die Türkei und in die kurdische Stadt Van fliegen, um dort am 19.3.1998 den Prozeß gegen die wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK angeklagte Eva Juhnke aus Hamburg zu beobachten. Zu der Delegation gehören neben Angehörigen von Eva Juhnke u.a. auch ein Seelsorger und VertreterInnen von prison watch international aus Hamburg und Göttingen, unter ihnen die Vorsitzende Heidi Lippmann-Kasten.

Eva Juhnke, die seit fünf Jahren in Kurdistan lebte und sich für die Interessen des kurdischen Volkes einsetzte, wurde Ende Oktober an der türkisch-irakischen Grenze in der Nähe von Hakkari von türkischen Spezialeinheiten verhaftet. Nachdem sie zwei Wochen lang in Diyarbakir in Polizeihaft vom Geheimdienst unter Drohungen und menschenunwürdigen Zuständen verhört wurde, erfolgte die Verlegung in das Gefängnis von Mus und die Anklageerhebung vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) in Van. Seitdem fanden mehrere als Haftprüfungstermine definierte Prozeßtermine statt. Nächster und vermutlich letzter Verhandlungstermin soll der 19. März 1998 sein. Im Fall einer Verurteilung droht Eva Juhnke eine langjährige Haftstrafe.

Prison watch international setzt sich ein für politische Gefangene weltweit und beobachtet und begleitet seit seiner Gründung insbesondere die Situation der Gefangenen und ihrer Angehörigen in der Türkei, in Kurdistan und im Iran. Für Eva Juhnke hat pwi auf Wunsch der Angehörigen eine Patenschaft übernommen und führt Gespräche mit staatlichen Stellen und Menschenrechtsorganisationen. Pwi fordert die Freilassung von Eva Juhnke ebenso wie die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei und in Kurdistan.

Manisa, Türkei

Zehn Polizisten für unschuldig befunden

Gestern, den 11. März 1998, fand im „Gericht für Schwere Strafsachen“ in Manisa die Hauptverhandlung gegen 10 Polizisten, die der Folter an Jugendlichen angeklagt wurden, statt.

Am 25. Dezember 1995 wurden 16 Jugendliche festgenommen, 14 davon wurden 12 Tage lang in der Anti-Terror-Abteilung gefoltert. Dies konnte durch ärztliche Atteste nachgewiesen werden. Am 16. November 1997 wurden 10 der jugendlichen Untersuchungshäftlinge zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Anklage gegen Emra Sait Erda, Levent Kilic, Faruk Deniz, Ali Göktaş, Jale Kurt, Özgür Zeybek, Sema Tasar, Münire Apaydin und Ayse Mine Balkanlı lautete auf:

* Werfen eines Molotovcocktails in einen Friseurladen - (der Besitzer des Ladens, sowie auch die Feuerwehrmänner sagten aus, daß die Brandursache ein Gasherd war);

* Beschriften von Wänden - (das Gericht lehnte ab zu untersuchen, ob die Wandbeschriftungen tatsächlich von den Angeklagten stammen);

* Flugblätter verteilen - (hierfür konnte die Staatsanwaltschaft keinen einzigen Zeugen finden)

* Bildung einer bewaffneten Bande - (bei keinem der Angeklagten wurde ein Waffe gefunden)

* Mitgliedschaft in der DHKC - (auch wieder kein einziger Beweis)

Aufgrund der Aussagen der GymnasialistInnen, gefoltert worden zu sein, klagte die Staatsanwaltschaft von Manisa 10 Polizisten wegen „Foltern, um Geständnisse zu erzwingen“, an.

Am gestrigen Tag wurden in einer Hauptverhandlung, die angeklagten Polizisten für unschuldig befunden. Bei Verlassen des Gerichtssaal bemerkte ein Polizist lächelnd: „Wir haben Vaterlandsverräter gestellt, natürlich sind wir unschuldig“.

Ein Großteil der Jugendlichen befindet sich dagegen immer noch im Gefängnis, einige von ihnen leiden - nach Angaben von Ärzten - seit vergangenem Jahr an Tuberkulose. Wir ersuchen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein weiteres Mal, die Türkische Regierung zu mahnen und der Sache nachzugehen.

Zugleich richten wir einen Aufruf an die internationale demokratische Öffentlichkeit, gegen das erschreckende Urteil zu protestieren und es für ungültig zu erklären.

Justizminister - Oltan Sungurlu

Fax: 0090-312-417 39 54

Staatspräsident - Süleyman Demirel

Fax: 0090-312-427 13 30

Istanbul

Kurtulus- MitarbeiterInnen inhaftiert

7 der 22 Personen, die bei der brutalen Sturmung der Kurtulus-Redaktion in Istanbul vom 17.2.98 festgenommen wurden, sind am 23.2. nach 6 Tagen der Folter bei der sog. „Anti-Terror-Abteilung“ der Istanbuler Polizei in Haft genommen und in das Umraniye-Gefängnis verschleppt worden. Ein Teil der weiterhin Inhaftierten ist in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Nachdem Mitarbeiter der Wochenzeitung Kurtulus (Befreiung) seit Wochen verstärkten Angriffen ausgesetzt waren (u.a. wurde ein Mitarbeiter am 28.1. von der Polizei in Adana getötet), umstellten anlässlich einer Kundgebung vor dem Sitz von Kurtulus Dutzende von Polizisten das Zeitungsgebäude und stürmten es, wobei acht Redaktionsmitglieder so schwer verletzt wurden, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Auch andere PressevertreterInnen, die vor Ort waren, bekamen den Polizeiknüppel zu spüren. Zunächst waren rund 400 Menschen vorläufig festgenommen, die meisten noch am selben Tag wieder freigelassen worden, bis auf 22 Mitglieder der Redaktion.

Eine Anklage wegen „Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation“, die gegen zwei bzw. drei der Verhafteten eröffnet werden soll, kann für die Betroffenen bis zu 22,5 Jahren Haft bedeuten. Während der Verhandlung, die zur Inhaftierung der sieben GenossInnen führte, fanden Proteste vor dem Gerichtsgebäude in Istanbul statt, bei denen wiederum 15 Personen vorübergehend festgenommen wurden. Außerdem gab es weitere Protestaktionen in Mersin und Kayseri. In Kayseri wurde das dortige Parteibüro der CHP (im Parlament vertretene sozialdemokratische Partei) besetzt. Bei der polizeilichen Räumung des Büros wurden fünf Personen verhaftet, darunter der offizielle Vertreter der Kurtulus in Kayseri. In Mersin wurden bei den Protesten vier Menschen einschließlich des dortigen Regionalvertreters der Kurtulus festgenommen.

Das Komitee für internationale Solidarität (Kaiserslautern) fordert die kritische Öffentlichkeit auf, sich mit den Protesten gegen die Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit zu solidarisieren und gegen die weitere Inhaftierung und die Anklagen der 7 Beschuldigten zu protestieren.

Protestfaxe an: Innenminister der Türkei, Murat Basesgioglu, Fax: 0090-312-418 17 95

Türkische Botschaft in der BRD, Fax: 0228-341 814

(Quelle: Presseinformationen des Komitees für internationale Solidarität (KI) und des Informationszentrums für freie Völker e.V. Köln)

... dabei wäre Solidarität vonnöten

Wir haben gehört, daß eine UNO-Delegation in die Knäste gegangen ist. Ist das richtig, und was hat die Kommission in den Gefängnissen gemacht?

Es ist richtig, daß die peruanische Regierung einer UN-Delegation erlaubt hat, diverse peruanische Knäste zu besuchen. Aber diese Kommission hatte so eine Art Terminplan bekommen, der von der peruanischen Regierung gebilligt worden war. Die schlechte Situation der politischen Gefangenen im allgemeinen oder zumindest in Einzelfällen wurde nicht in Betracht gezogen. Ebenso wenig, daß die von der UN-Delegation interviewten Gefangenen vorher von der peruanischen Regierung ausgewählt worden waren. Deshalb denken wir, daß die UN-Kommission die Haftbedingungen nicht wirklich überprüft hat, etwa in bezug auf die Überwachung der Menschenrechte, die die Regierung Fujimori eigentlich wahren sollten.

Wir haben einen Brief von dem Gefangenen Yoni Romero erhalten, in dem deutlich wird, daß die UN-Kommission den Knast Yanamayo zwar besucht hat, aber dort nur Gefangene interviewt hat, die bereits für unschuldig erklärt worden waren. Diese Gefangenen standen kurz vor ihrer Freilassung, und in ihren Fällen gab es keinen einzigen Hinweis, daß sie in irgendeiner Weise mit bewaffnet kämpfenden Organisationen in Verbindung gebracht werden könnten. Das ist die Situation.

Wir haben auch gehört, daß eine Delegation des Internationalen Roten Kreuzes in die Knäste gehen konnte - was ist mit der Delegation passiert?

Das Internationale Kreuz hatte bereits im letzten Jahr eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie erklärten, daß sie von der peruanischen Regierung die Genehmigung erhalten hätten, ab dem 1. Dezember 1997 die verschiedenen Knäste in Peru zu besuchen. Aber die peruanische Regierung hat dem Internationalen Roten Kreuz nur den Zugang zu einigen Knästen gewährt hat, nicht zu allen. Im Fall von dem Knast in Yanamayo etwa gelang es dem Roten Kreuz nicht, einen Besuchstermin zu erhalten. Über diesen Vorfall aber hat das Rote Kreuz absolutes Stillschweigen bewahrt. Nach den Angriffen auf Gefangene Anfang März in Yanamayo durfte das Internationale Rote Kreuz schließlich doch in den Knast, aber sie haben kein einziges Wort darüber verloren, was in Yanamayo passiert ist. Dort wur-

den in der ersten Märzwoche, d.h. zwischen dem 1. und dem 8. März 1998, Gefangene aus der MRTA von Mitgliedern der DINOE brutal zusammengeschlagen. DINOE steht für die División Nacional de Operaciones Especiales del Ejército, das ist eine nationale Einheit der Armee für besondere Aufgaben unter der Leitung des Kommandanten Angel Tejada. Das Motiv für die Aktion der Spezialeinheit waren Briefe, in denen die Genossen Miguel Rincon und Yoni Romero die Mißachtung der Menschenrechte öffentlich gemacht haben. Das eine war eine Petition an den Justizminister Correa, in der verlangt wurde, die Aufmerksamkeit stärker auf die Haftbedingungen der Gefangenen im Knast von Yanamayo zu richten, das andere ein Brief des Genossen Yoni Romero ins Ausland. Das Resultat des Angriffes sind die drei schwerverletzten Genossen Miguel Rincón, Yoni Romero und Montalban Segura, denen die Schläger zahlreiche Prellungen, gebrochene Rippen, ausgerenkte Arme und Kopfplatzwunden beigebracht haben. Außerdem griffen sie mit ihrem sadistischem Eifer den chilenischen Staatsbürger Alejandro Asturga an, dem vorgeworfen wird, der MRTA anzugehören. Es gibt weitere Genossen, die übel zusammengeschlagen wurden und die trotz der Schwere ihrer Verletzungen in Arrestzellen gesteckt wurden.

Über diese Ereignisse hat das Internationale Rote Kreuz nicht berichtet. Sie haben nicht einmal die Familienangehörigen der geschlagenen Genossen informiert. Sie wollen mit so einem Verhalten wohl die peruanische Regierung zufriedenstellen, damit sie weiterhin politische Gefangene besuchen können. Aber was das für Besuche gegenüber politischen Gefangenen sein sollen, das wissen wir nicht. Zumindest unsere Gefangenen aus der MRTA haben Besuche und Aufmerksamkeit durch das Internationale Rote Kreuz in den letzten Monaten noch nicht erfahren. Dabei hat das Rote Kreuz gerade erst am 4. oder 5. März den Knast in Yanamayo besucht.

Wie kann man sich diese Arrestzellen vorstellen?

Die Berichte, die uns über die Zellen erreichen, berichten von sehr, sehr kleinen Zellen. Der Raum ist so klein, daß man kaum darin stehen kann. Die ganze Zeit, in der Du dort eingeschlossen bist, wirst Du von den Wachen bewacht und beobachtet. Manchmal müssen die Genossen 15, 20

oder sogar 30 Tage in den Arrestzellen verbringen. Die ganze Zeit stehen sie auf den Füßen, sie müssen ihre körperlichen Notwendigkeiten dort verrichten und werden ständig von den Wachen schikaniert, z.B. mit kaltem Wasser etc. Diese Sachen haben wir von einigen Journalisten erfahren, die in der letzten Zeit im Knast gegessen haben.

Was weißt Du über die Mitwirkung und Beteiligung ausländischer Spezialeinheiten bei der Erstürmung der besetzten japanischen Botschaftsresidenz in Lima?

Wir haben nicht die Namen der Männer, die an der Stürmung beteiligt waren, aber die peruanische Regierung wie auch diverse andere Regierungen auf der ganzen Welt haben erklärt, daß sie an der Aktion beteiligt waren. Mitglieder des FBI, des Mossad oder des britischen Geheimdienstes MI5 haben der peruanischen Regierung für das Verbrechen beratend zur Seite gestanden. Das impliziert eine Mitschuld dieser Regierungen und Staaten und ihrer Geheimdienste und Sicherheitsapparate. Es gibt eine Solidarität der kapitalistischen, neoliberalistischen Staaten gegen die Menschen, die um ihre Befreiung kämpfen. Auf seiten der Organisationen, die sich als revolutionär oder links bezeichnen, findet man Solidarität leider nicht mehr. Dabei wäre gerade eine effektive politische und ideologische Solidarität von Nöten. Leider gibt es nur eine humanistische altruistische Solidarität, wie sie etwa das Internationale Rote Kreuz oder Amnesty International zeigen. Es wird vergessen, daß gerade heute die Notwendigkeit besteht, eine politische, eine proletarische, eine ideologische Solidarität herzustellen.

Die Tatsache, daß die Geheimdienste ausländischer Staaten ihre Beteiligung an der Erstürmung der Botschaftsresidenz zugegeben haben, reicht wohl als Beweis für die Mitarbeit der Staaten an der Ermordung der KämpferInnen der MRTA am 22. April 1997.

Die peruanische Verfassung ist dahingehend geändert worden, daß Fujimori ein drittes Mal wiedergewählt werden kann. Was kannst Du darüber sagen?

Die Verfassung wurde nicht verändert, um Fujimori wiederzuwählen, sondern ganz grundsätzlich um den Neoliberalismus in Peru weiter zu verankern. Das setzt die Existenz eines starken Staates voraus, der sich staatsterroristischer Mittel bedient. Denn das ist die einzige Form, mit der der Neoliberalismus garantiert werden kann. Die Durchsetzung des Neoliberalismus beinhaltet die Zerstörung einer ArbeiterInnen- und Massenbewegung und jeglicher autständischer Gruppen. Das kann man nicht in einem demokratischen Rechtsstaat durchdrücken, zumindest theoretisch

nicht. Deshalb muß man die politische Verfassung von Peru ändern. Die Existenz eines starken Staates setzt die Existenz einer Diktatur voraus. Es ist nicht Fujimori, der wiedergewählt wird, sondern der Neoliberalismus wird wiedergewählt. Das heißt die Verfassungsänderung garantiert das ökonomische Modell eines hemmungslosen Ka-



Norma und Isaac Velazco in Chemnitz, dem früheren Karl-Marx-Stadt

pitalismus. Wie wir schon vorher gesagt haben. Fujimori ist nicht wichtig, sondern die Kontinuität eines Wirtschaftsmodells. Leider hat die bürgerliche Opposition wie auch die Linke in Peru nicht verstanden, in welche Richtung sie ihre Kräfte dirigieren müssen. Wenn man die Ablösung der Diktatur Fujimori erreichen will, muß man den Kern des Problems treffen, und das ist der Neoliberalismus. Welcher Vorschlag auch immer sich gegen die Diktatur richtet, muß den Kampf gegen den Neoliberalismus als Kristallisationspunkt der Gegenorganisation begreifen. Am Ende des Kampfes muß eine Reorganisation der Wirtschaft stehen, die soziale Sicherheit und ein menschenwürdiges Leben für die Bevölkerung garantiert. Es gibt keine andere Möglichkeit, sich der neoliberalistischen Diktatur entgegenzustellen.

Im Moment gibt es keinen charismatischen Führer in der bürgerlich-rechten Opposition, der die imperialistischen Staaten befriedigen und den Neoliberalismus garantieren könnte. Deshalb wird Fujimori wiedergewählt. Er ist das Instrument, um die Interessen des internationalen Kapita-

lismus durchzusetzen. Vielleicht ist Fujimori morgen nicht mehr nützlich. Dann kriegt er einen Fußtritt, und sie setzen einen anderen Gefolgsmann ein. Aber im Moment, wo es in Peru keine geeigneten Führer in der Opposition gibt, ist er ein notwendiger, aber nicht unentbehrlicher Bestandteil des Systems - so wie die meisten Diktatoren. Bei der Betrachtung der näheren Vergangenheit wird man erkennen, daß die Diktatoren zunächst vom internationalen Kapital und von den imperialistischen Staaten eingesetzt worden sind, aber in dem Augenblick fallengelassen und abgesetzt wurden, wo sie nicht mehr die Interessen des Kapitals befriedigen konnten. Das ist die Realität. Die Tatsache, daß Fujimori wiedergewählt wird, ist nur eine Anekdote im Kampf gegen den Neoliberalismus.

In Peru werden arme Frauen zwangssterilisiert. Was kannst Du dazu sagen?

Das Thema der Sterilisation von armen Frauen ist ein ziemlich altes Thema in Lateinamerika. Zu anderen Zeiten hatten wir diese Probleme auch, vor allem in dörflichen oder indigenen Gemeinden. Man hat die Frauen zu den Sterilisationen gezwungen. Und heute, zur Zeit der neoliberalen Regierung von Fujimori, setzt man die Politik der Vernichtung der ärmsten Teile der Bevölkerung mit den Zwangssterilisationen der Frauen fort. Früher sind z.T. ganze Dörfer verschwunden, mit schwangeren Frauen, Kinder im Alter von einem halben Jahr, von drei Monaten. Es gibt also eine Tendenz, diese Menschen gleich umzubringen. Im Moment sind die Augen der Welt aber auf Peru gerichtet, insofern kann man diese Massaker nicht mehr so durchführen, wie man es früher gemacht hat, also kehrt man dazu zurück, zahlreiche Frauen Zwangssterilisationen zu unterziehen. Der Gesundheitsminister ist gleichzeitig auch Arzt - er leitet die Programme zur Zwangssterilisation. Das ist ziemlich schrecklich, denn eigentlich ist er dazu eingesetzt, das Leben und die Gesundheit der peruanischen Menschen zu schützen. So aber zerstört er Leben ohne die Zustimmung der Frauen, die sterilisiert werden. Denn sie kennen das Programm ja gar nicht, die Sterilisationen werden eigenmächtig durchgeführt. Ich glaube, daß die Menschenrechts- und Frauenorganisationen hier in Europa Protestbriefe an diesen Gesundheitsminister schicken müssen, um darin ausdrücken, daß es nicht sein kann, wenn heute Frauen ohne ihre Einwilligung sterilisiert werden und damit wie Tiere behandelt werden. In Peru gibt es von Frauengruppen und indigenen Organisationen viele Proteste gegen die Sterilisationen. Bei den indigenas ist es zum Beispiel gegen die Tradition, die Zahl

der Kinder irgendwie zu begrenzen, weil das Land immer genug gibt, um alle zu ernähren. Man braucht also politische und wirtschaftliche Maßnahmen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen - man muß nicht ein Bevölkerungswachstum künstlich bremsen, und das in einem Land wie in Peru, das sehr dünn besiedelt ist. Wir haben 1,3 Millionen km² und nur 23 Millionen EinwohnerInnen, d.h. Peru ist fast viermal so groß wie Deutschland, hat aber nur knapp mehr als ein Viertel der Einwohnerzahl. (Die BRD hat 356.000 km² und 81 Millionen EinwohnerInnen - Anm.d.Übersetzerin) Deshalb können sie nicht einmal sagen, sie würden diese Programme durchführen, weil Peru einen Bevölkerungsüberschuß hätte, oder weil ein Bevölkerungsüberschuß die Ursache für das Elend ist. Wir sind ein Land, was nur zum Teil bewohnt ist, was im Gegenteil eher in Richtung Entvölkerung strebt - insofern sind derartige bevölkerungspolitische Überlegungen und Begründungen absurd. Sie gefährden die Existenz unserer indigenen Bevölkerung.

Wie werden diese Zwangssterilisierungen durchgeführt? Hängen sie Plakate auf, mit denen Frauen aufgefordert werden, nehmen sie die Frauen fest, oder wie machen sie das praktisch?

Es gibt unterschiedliche Mittel zur Durchführung der Zwangssterilisation. Sie sagten den Frauen zum Beispiel, daß sie eine Kontrolluntersuchung durchführen würden. Dabei verabreichen sie den Frauen sterilisierende Injektionen oder geben ihnen Tabletten, die sterilisierend wirken. Es gab eine Zeit, da haben sie die Sterilisationen mit Milchpulver durchgeführt. In dem Milchpulver war eine sterilisierende Substanz enthalten. Das haben die Frauen aus den Dörfern entdeckt, die dieses Milchpulver benutzten. Nach einer gewissen Zeit gab es keine schwangeren Frauen mehr, und das kam allen ziemlich merkwürdig vor. Und da haben die Frauen gesehen, daß das einzig Komische, was sie in der letzten Zeit zu sich genommen hatten, das Milchpulver war ...

Sie benutzen also mehrere Methoden, um die Frauen zu täuschen. Die Frauen wissen ja nicht, daß sie sterilisiert werden.

Wer ist für die Zwangssterilisationen verantwortlich?

In den 60er Jahren war in Peru und auch in Bolivien eine Organisation tätig, die eigentlich aussterbende Sprachen in den indigenen Gemeinschaften untersuchen wollten. Aber die Dörfer haben festgestellt, daß es diese Organisation war, die ihnen das Milchpulver gebracht hat. Dieses Instituto Lingüístico hat vorgegeben, ihnen zu helfen, aber in Wirklichkeit waren sie dabei, die indigenas auszurotten.

Das Schlimme ist, daß es heute das eigene Gesundheitsministerium ist, das die Sterilisationsprogramme durchführt. Dabei sollte diese Institution eigentlich für die Ge-

sundheit der Bevölkerung sorgen. Wir wissen natürlich, daß die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und bevölkerungspolitischen Programme nicht aus Peru kommen. Eigentlich sind wir eine Kolonie. Die Programme werden in den USA entwickelt, im Internationalen Währungsfond, in der Weltbank und deshalb ist der Gesundheitsminister nur derjenige, der diese Programme anwendet. Das ist das Peinliche - ein Institut, das für den Schutz der Gesundheit zuständig ist, und er als Gesundheitsminister und dazu noch Arzt führen das Programm durch. Ich denke, daß man dringend einen internationalen Protest gegen die Zwangssterilisationen benötigt.

Vielen Dank für das Interview.

(Quelle: Radio Freies Sender Kombinat Hamburg, Knast und Justiz, Radio Klassenkampf)

Peru

Massaker im Gefängnis Yanamayo!

Dringender Aufruf an alle ÄrztInnen, an die nationale und internationale Solidaritätsbewegung und an die unabhängige Presse

Wir grüßen am Internationalen Frauentag alle Frauen Perus und der Welt und ganz besonders all jene Frauen, die aufgrund ihrer politischen Auffassungen ihrer Freiheit beraubt und grausamer und erniedrigender Behandlung ausgesetzt sind.

Leider müssen wir am heutigen Internationalen Frauentag die nationale und internationale Öffentlichkeit darüber informieren, daß die Diktatur Alberto Fujimoris zunehmend ihr Ziel, die politischen Gefangenen zu liquidieren, erreicht. Am 7. Februar wurden 21 politische Gefangene aus der MRTA während ihrer Überführung aus dem Gefängnis von Canto Grande nach Yanamayo brutal geschlagen. Als Ergebnis dieser brutalen Aggression und wegen der anschließenden völligen Verweigerung von medizinischer Versorgung durch die Gefängnisleitung starb einige Tage später einer dieser Genossen an einem Lungenödem. Als Reaktion auf diese Vorfälle haben unsere Genossen zu Recht mit Empörung gegen die Gefängnisleitung protestiert. Dieser gerechte Protest wurde von der Gefängnisleitung als Meuterei dargestellt und als Vorwand benutzt, um repressiv gegen unsere gefangenen Genossen vorzugehen und auf sie zu schießen. Viele der gefangenen Genossen haben Schußwunden erlitten, und möglicherweise hat es Tote gegeben. Darüber gibt es bisher noch keine gesicherten Informationen, da die Informationssperre der offiziellen Stellen verhindert, daß genaue Details der Ereignisse der letzten Tage bekannt werden.

Besorgt über die Gerüchte bezüglich der Gewalttaten gegen ihre Söhne sind zwei An-

gehörige nach Yanamayo gefahren, um etwas über ihre Kinder zu erfahren. Heute ist Frau Palomino, die Mutter von Eladio Palomino Seguras, nach Puno zurückgekehrt. Die Eindrücke aus Yanamayo haben ihr so zugesetzt, daß sie in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte, denn unter den verletzten Gefangenen befinden sich auch ihr Sohn sowie Montalban Segura, Cerna Ponce, Yoni Romero, Edison Loayza, Alejandro Astorga und Miguel Rincon. Zwei von ihnen sind schwerverletzt.

Wir sind besorgt um die Gesundheit und das Leben aller politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen. Darum rufen wir die Menschenrechtsorganisationen dazu auf, im Rahmen ihrer Arbeit für den Schutz des Lebens und der elementaren Menschenrechte Abordnungen nach Peru zu schicken, um das Leben der Gefangenen zu retten, die sich in einer schutzlosen Situation befinden.

Wir rufen auch besonders die Hilfsorganisationen aus dem Gesundheitsbereich dazu auf, Delegationen nach Yanamayo in Puno zu schicken, um zu versuchen, menschliches Leben zu retten.

Wir fürchten um das Leben der gefangenen GenossInnen im Gefängnis Yanamayo und fordern deshalb alle bewußten Frauen und Männer in Peru und in der Welt auf, dieses abscheuliche Verbrechen zu verurteilen und zu den peruanischen Botschaften und Konsulaten weltweit zu mobilisieren.

8. März, Voz Rebelde

Protestfaxe an:

Senor Ministro de Justicia, Alfredo Quispe, Fax: 00511 42 23 577

und Kopien an die Menschenrechtsorganisationen:

Senor Defensor del pueblo, Jorge Santisteban de Noriega, Fax: 00 511 42 64 900

Doordinadora Nacional de Derechos Humanos, Fax: 00 511 44 11 533

Veranstaltung zu Peru

Ort: Berlin-Friedrichshain, Veranstaltungstage des Größenwahn, Hinterhaus der Kinkingstr. 9

Zeit: 22. April, 19.30 Uhr

Veranstalter: Internationalismusgruppe im Größenwahn, Gruppe Venceremos

Plakat zu Peru

Zur Erinnerung an die Aktion und zur Popularisierung der Freilassung der politischen Gefangenen in Peru wurde ein Plakat erstellt, das die verschiedenen Stationen der Aktion beleuchtet und darauf hinweist, daß die BRD-Organen in diesem Konflikt auf der Seite des Fujimori-Regimes Partei waren. Das Plakat kann im Kopierladen M99 (Manteuffelstr. 96) abgeholt werden oder gegen Einsenden von Porto bestellt werden über: Gruppe Venceremos, c/o Kopierladen M88, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin



Mordechai Vanunu 11 Jahre Einzelhaft

Ihr erinnert euch vielleicht: 1986 wurde Mordechai Vanunu in Israel zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einer englischen Zeitung verraten hatte, daß Israel Atombomben besitzt. Israel ist die sechstgrößte Atommacht mit etwa 100 Atomwaffen, wie sich inzwischen herausgestellt hat.

Mordechai Vanunu wurde die ganzen bisherigen elf Jahre in Isolationshaft gehalten, so lange wie kaum ein anderer Gefangener im Westen, damit er nicht noch mehr geheime Informationen weitergibt. Das hat ihm psychisch zugesetzt. Es besteht die Gefahr, daß er den Verstand verliert. Am Donnerstag hob das Justizministerium deshalb die Isolationshaft auf. Jetzt darf Mordechai Vanunu plötzlich Kontakt mit anderen Gefangenen aufnehmen. Womit erwiesen ist, daß die Isolationshaft nur ein Vorwand war, um ihm psychisch zu schaden. Ein Freigang für 48 Stunden, wie er in Israel schon nach einem Viertel der Haft üblich ist, wurde abgelehnt. Ebenso seine Bitte, mit palästinensischen Gefangenen zusammengelegt zu werden.

Mordechai Vanunu, der heute 43 Jahre alt ist, hätte schon früher seine Isolationshaft beenden können, wenn er sich verpflichtet hätte, nicht über seine Insiderkenntnisse und die Umstände seiner Verhaftung zu reden. Er lehnte dieses obszöne Angebot ab. Er wurde nämlich vom Mossad-Geheimdienst von London nach Rom gelockt, dort aufgegriffen, unter Drogen gesetzt und mit einem israelischen Linienflugzeug nach Tel Aviv verfrachtet.



Vorzeitige Entlassung ist in Israel möglich, wenn zwei Drittel der Haft verbüßt sind. Das ist für Mordechai Vanunu nächsten Monat der Fall. Der israelische Geheimdienst ist der Meinung, daß er kein Sicherheitsrisiko für Israel mehr darstellt. Der

Freiheit für die Gefangenen in Kham

Ein israelisches Gefangenenlager in Südlibanon



Die Broschüre berichtet über das Gefangenenlager Kham, das im von Israel besetzten Teil des Südlibanon, der sogenannten Sicherheitszone liegt.

Schwerpunkte sind:

Die aktuelle Situation der Gefangenen, ein Interview mit einem libanesischen Solidaritätskomitee für die Gefangenen und einige Hintergrundinformationen.

Zu beziehen über:

Internationalistisches Komitee

Am Landwehrplatz 2

66111 Saarbrücken

Preis 3,50 DM

incl. Porto

im voraus

Vorsitzende des Petitionsausschusses des israelischen Parlaments setzt sich für seine vorzeitige Entlassung ein. Am 16.3. wollte der Oberste Gerichtshof unter Vorsitz von Netanyahu darüber entscheiden. Die Entscheidung wurde vertagt, vermutlich wegen der aktuellen Probleme mit dem britischen Außenminister Robin Cook.

(FSK, Radio Klassenkampf-Red.)

Ebenfalls entnehmen wir der Presse, daß dem weltberühmten 80jährigen todkranken Wissenschaftler Prof. Marcus Klingberg erstmals ein 36stündiger Hafturlaub gewährt wurde. 1983 war er in Europa anlässlich eines Kongresses entführt worden; er soll damals Israels Produktion von biologischen Waffen bekannt gemacht haben. Erst zehn Jahre später hatte die israelische Regierung die Nachrichtensperre aufgehoben und zugegeben, daß Klingberg verhaftet und wegen Spionage für die Sowjetunion zu 20 Jahren Haft verurteilt worden sei. (Red.)

Roísín McAliskey wird nicht an die BRD ausgeliefert

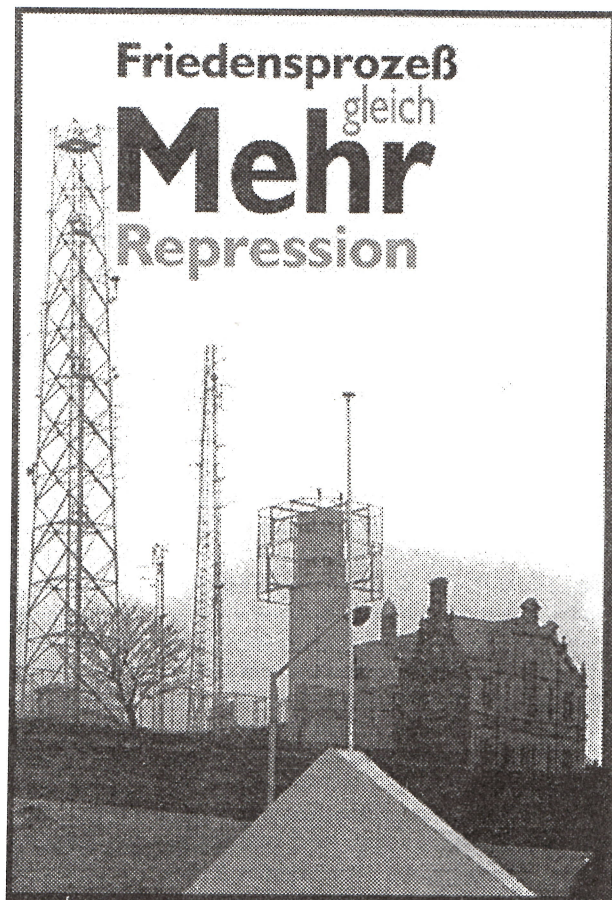
Vor einer Woche wurde bekannt, daß Roísín nicht in die BRD ausgeliefert wird. Sie war im November 1996 festgenommen worden wegen angeblicher Beteiligung eines IRA-Anschlags auf eine englische Kaserne in Osnabrück (wir berichteten).

Trotz ihres angegriffenen Gesundheitszustandes, sie ist zur Zeit im Krankenhaus, ihrer Schwangerschaft und der Geburt ihres Kindes, und trotz der dürftigen Beweislage hatte die Bundesanwaltschaft ihre Auslieferung betrieben, um sie hier verurteilen zu lassen. Entsprechend hatte kürzlich das höchste britische Gericht die Auslieferung auch beschlossen. Jetzt hat der britische Innenminister sich über dieses Urteil hinweggesetzt. Dennoch besteht die Bundesanwaltschaft weiter auf einer Verurteilung von Roísín.

Wir werden im nächsten Info ausführlicher berichten.

Quelle: FR, Berliner Zeitung (Red.)

Die halbjährliche Irland-Zeitung „Spirit of Resistance“ ist erschienen. DM 5,- Zu beziehen über Irland-Gruppe, c/o Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld



Das lange Warten muß ein Ende haben !

Bericht des Solidaritätskomitees aus der Schweiz

Fünfeinhalb Monate nach seiner Verhaftung sitzt Patricio Ortiz immer noch in Auslieferungshaft. Die Solidarität mit dem chilenischen Flüchtling ist zwar weiter angewachsen. Die Breite der Unterstützung wurde insbesondere in einem Beitrag des Nachrichtenmagazins „10vor10“ des Schweizer Fernsehens sichtbar. Die Behörden in Bern sind jedoch nach wie vor nicht bereit, im Auslieferungs- und Asylverfahren jene Entscheide zu fällen, die eine Haftentlassung Patricio Ortiz' möglich machen.

Hintergrund des langen Wartens ist eine neue Strategie der Hardliner in Bern. Man versucht, mit Zusagen offizieller chilenischer Stellen die Grundlagen für die Auslieferung zu schaffen. Die chilenischen Instanzen sollen sich insbesondere dazu verpflichten, den Gefangenen nach seiner Auslieferung nur für den Vollzug der hängigen Reststrafe zu belangen. Daß solche Zusagen nur Makulatur sind und die Sicherheitsgarantien offizieller chilenischer Stellen angesichts neuester Folterfälle der reine Hohn sind, ist für die Schweizer Behörden kein Hinderungsgrund. Man will, so scheint es, den prominentesten politischen Gefangenen Chiles an die Schergen Pinochets ausliefern, und das just zu dem Zeitpunkt, in dem sich der Mörder Salvador Allendes mit der Besteigung des Stuhls eines Senators auf Lebenszeit der Verantwortung für seine Verbrechen definitiv entziehen will.

Lorena Astorga in der Schweiz

Es wird also weiteren Druck brauchen, um die Auslieferung von Patricio Ortiz zu verhindern. Das Komitee „Freiheit für Patricio Ortiz“ hat deshalb die Sprecherin der rodriguistischen Bewegung, Lorena Astorga, zu einer Veranstaltungstournee in die Schweiz eingeladen. Der „Rodriguismo“ ist als legale Bewegung aus dem „Frente Patriótico Manuel Rodríguez“ (FPMR) heraus entstanden, in dem Patricio Ortiz in den 80er Jahren zusammen mit anderen jungen ChilenInnen gegen die Pinochet-Diktatur gekämpft hat.

Begleitet wird Lorena Astorga von Mima Salamanca, mit der zusammen sie in Santiago das Büro der Organisation der Angehörigen der politischen Gefangenen ODEP betreibt. Mima Salamanca ist die Mutter von Ricardo Palma, einem der drei Mithäftlinge von Patricio Ortiz, die am 30. Dezember 1996 von

einem Kommando des FPMR aus dem Hochsicherheitsgefängnis von Santiago de Chile befreit wurden. Ricardo Palma hat über diese Flucht ein Buch geschrieben, das zur Zeit in Chile auf den Bestsellerlisten steht.

Zum Stand der Verfahren: Schweizer Behörden setzen auf obskure Garantien aus Chile

Patricio Ortiz befindet sich seit dem 4. September 1997 im Flughafengefängnis Kloten in Auslieferungshaft. Im Klartext: 23 Stunden isoliert in einer Zweierzelle, eine Stunde Spaziergang pro Tag, ein Besuch pro Woche hinter Trennscheibe, Postzensur, keine Arbeitsmöglichkeit. Ausgeliefert der JuristInnenlogik schweizerischer BeamtInnen im Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) und Bundesamt für Polizeiwesen (BAP), welche sein Asylgesuch und das Auslieferungsersuchen der chilenischen Regierung prüfen. Der bisherige Verfahrensverlauf läßt das Schlimmste befürchten.

Im Rahmen des Auslieferungsbegehrens verlangt die Schweiz von der chilenischen Regierung Garantien dafür, daß Patricio Ortiz - sollte er ausgeliefert werden - keiner Behandlung unterworfen wird, welche seine körperliche und psychische Integrität beeinträchtigt. Weiter muß Chile garantieren, daß gegen Patricio Ortiz nach seiner Auslieferung, welche nur zur Verbüßung der Reststrafe wegen der angeblichen Tötung eines Polizisten verlangt wurde, keine weiteren Verfahren eröffnet werden. Er darf überdies wegen seiner Flucht weder diszipliniert noch sonstwie Repressalien unterworfen werden. Diese Garantien im Rahmen des IRSG (Gesetz über die internationale Rechtshilfe) dürfen erst 45 Tage nach der bedingten oder endgültigen Entlassung von Patricio Ortiz entfallen, wenn dieser die Möglichkeit hatte, das chilenische Hoheitsgebiet zu verlassen.

Die chilenische Regierung, insbesondere die Pinochet-Rechte, setzt ihr ganzes Prestige ein, um die Auslieferung von Patricio Ortiz zu erreichen. Auch heute, mehr als ein Jahr nach seiner Flucht, beherrscht das Thema die chilenischen Schlagzeilen. Für die Herrschenden ist Patricio Ortiz hinter Schweizer Gefängnismauern schon so gut wie in Reichweite. Seine Auslieferung wird als sicher betrachtet. Die von der Schweiz geforderten Garantien wird die chilenische Regierung ohne mit der Wimper zu zucken liefern. Und obwohl alle namhaften chileni-

schen Menschenrechtsgruppen, aber auch die Mehrheit des chilenischen Volkes davor warnen, diesen Garantien zu trauen, steht zu befürchten, daß die zuständigen Schweizer Behörden nach Eingang dieser Garantien die Auslieferung nach Chile bewilligen werden. Das für das Asylgesuch zuständige BFF scheint ebenfalls diese Garantien abwarten zu wollen, um dann das Asylgesuch ohne weitere Prüfung formalistisch abschmettern zu können, denn mit Hinweis auf diese Garantien kann eine künftige Gefährdung von Patricio Ortiz verneint werden.

Welche Interessen bewegt die Schweizer Behörden dazu, die Frage der Asylgewährung und die Auslieferung von Patricio Ortiz rein formaljuristisch anzugehen und die ganzen politischen Zusammenhänge auszublenden? Die Umstände seiner Verhaftung 1991 sind bekannt. Selbst ein chilenisches Zivilgericht mußte feststellen, daß die einzigen Aussagen, welche Patricio Ortiz 1991 im Spitalbett gegenüber dem militärischen Untersuchungsrichter gemacht hat, nicht verwertbar sind, da sie unter Folter gemacht wurden. Dieses Urteil liegt bei den Akten. Die entsprechenden Arztberichte scheinen die Schweizer Behörden nicht zu interessieren. Bekannt ist aber auch, daß das militärgerechtliche Verfahren, welches 1995 zur Verurteilung führte, in keiner Art und Weise den auch vom IRSG geforderten Mindestanforderungen eines rechtsstaatlichen Verfahrens genügt. Wie wenig das Leben von Patricio Ortiz den chilenischen Behörden wert ist, beweisen aber auch die Umstände seiner ersten gescheiterten Flucht. Seine Mitgefangenen und er wurden in eine tödliche Falle gelockt. Sein jüngerer Bruder Pedro und José Alvarado bezahlten mit ihrem Leben. Patricio Ortiz überlebte nur dank eines Wunders. Bekannt ist in der Schweiz aber auch die Tatsache, daß in Chile nach wie vor keine demokratischen Zustände herrschen.

Auch wenn sich die zuständigen Behörden hinter einer juristischen Argumentation verschanzen, welche die politische Realität in Chile scheinbar ausklammert, ist ganz offensichtlich, daß der Entscheid hochpolitisch ist. Patricio Ortiz braucht deshalb nicht nur gute AnwältInnen. Er braucht in erster Linie eine starke und breite politische Kampagne zu seiner Freilassung, er braucht unsere Solidarität.

(Aus dem Rundbrief des Solidaritätskomitees „Freiheit für Patricio Ortiz“, Februar 1998)

Grußbotschaft von Patricio Ortiz an die BesucherInnen des Vorwärts-Festes

**Revolutionäre Vielfalt von unten gegen die
neoliberale Beherrschung der Welt**

Liebe GenossInnen, FreundInnen, Brüder
und Schwestern,

ich schicke euch die herzlichsten Brudergrüße zu eurem Fest, diesem wichtigen politisch-kulturellen Treffen der Linken in diesem Land. Es ist eine Freude für mich, euch aus diesem Anlaß ein paar Gedanken zu vermitteln, die ich dem Abgrund des Schweigens entgegensetze, das mit unerbittlicher Geringschätzung die unermesslichen Räume der Einsamkeit füllt. Eine unlebende Einsamkeit ist das, möbliert mit den schändlichen Verkleidungen von Gittern, Panzerglas und Mauern, hochgezogen als Symbole des atavistischen Hasses der Mächtigen aller Zeiten in ihrem verdrehten Eifer, ihre Herrschaft zu zementieren und dabei alle Dimensionen menschlichen Strebens und Handelns zu besetzen. Ihr Ziel ist es, alle Äußerungen von Auflehnung und Befreiung auszutreten im strategischen Bestreben, unter uns Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zu säen, um so die Unversehrtheit unserer Träume, unserer Sehnsucht nach einer besseren, nach einer gerechteren und freieren Welt zu zerstören.

Gerade dieser wilde Ansturm des Kapitalismus in seiner irrsinnigsten und terroristischen Form zur Beherrschung der Welt macht es nötig, daß wir unsere kritischen Fähigkeiten gemeinsam entwickeln, um neue Handlungsräume mit revolutionären Alternativvorstellungen zum modernen neoliberalen Modell, zur Strategie der neokapitalistischen Herrschaft zu erschließen. Als Ausdruck des Selbstregulierungsprozesses der zyklischen Krisen in der modernen Kapitalakkumulation bewirkt diese Strategie der weltweiten Organisation der Produktivkräfte und des sozialen Lebens ganz direkt, daß immer mehr Menschen in ihrer Existenz bedroht sind und ihre Lebensräume verwüstet werden, zum höheren Nutzen des transnationalen Kapitals, das dem Götzen des höchstmöglichen Profits ohne weiteres die Lebensgrundlagen der Menschen zu opfern bereit ist. Anders gesagt, bringt die angestrebte neoliberale Hegemonie laufend neue finanzielle und kommerzielle Koordinierungsme-

chanismen auf übernationaler Ebene hervor, die allesamt die Autonomie und die Souveränität der Nationalstaaten in dramatischer Weise beschneiden. Als Beispiel dafür möge die kürzlich über die Bühne gegangene Davoser Weltwirtschaftskonferenz genügen. In der Schlußresolution wurde der Wille bekräftigt, das transnationale Kapital durch eine weltweite Vereinbarung zu schützen. Es sollen alle rechtlichen, administrativen und politischen Mechanismen der Einzelstaaten durch eine supranationale Gesetzgebung eingeengt und dereguliert werden, da diese die unkontrollierten Kapitalverschiebungen von einer Weltecke in die andere behindern, die ja Voraussetzung sind für enorm gesteigerte Gewinnmargen und Handelsströme. Im Wettbewerb des weltweiten Handels regiert also allein noch die sozialdarwinistische Logik, das Recht des Stärkeren in der Maske des freien Handels. Als einzige anerkannte Regelung der sozialen Interaktion und des Zusammenlebens gilt die perverse Maxime des Laissez-faire.

Als furchtbar verheerende Konsequenz dieser Strategie zur Weltbeherrschung erleben wir die Verbreiterung des Grabens zwischen dem reichen Norden (hochentwickelt, in selbstverliebter Einzigung in seine technologische und militärische Übermacht) und dem armen Süden (gebeutelt von Hunger, Kriegen und der gnadenlosen Ausbeutung der Bevölkerung unter der Fuchtel des weltweiten Finanz- und Spekulationskapitals).

Dies ruft dringlich nach einer internationalen Vernetzung von Widerstandsstrategien, nach dezentralisierten, gleichberechtigten Strukturen zur Entscheidungsfindung und Beschlußfassung, aufzubauen von den unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen, die alle in ihren Alltagskämpfen lokale Widerstandsstrategien gegen den Neoliberalismus ausarbeiten und dabei ausgehen von ganz verschiedenen ideologischen, ethnischen, herkunftsbezogenen und kulturellen Bezugspunkten. Auf ihrer Suche nach sozialpolitischen Alternativen, die ihre Basis zu mobilisieren vermögen, bringen diese Gruppen eine Vielfalt von Problemen, Forderungen und Zielen zur Sprache. Ihre Stärke ist dabei ihre authentische Verwurzelung, ihre Sehnsucht nach greifbarer Utopie als Grundlage für ihre ebenso eigenständigen wie überraschenden Weltbilder. Gelänge es, dieses

enorme Potential zu bündeln, hätten wir das Fundament für eine neue Gegen-Weltordnung, aufbauend auf einer neuen Kultur des Respekts für die Würde des Lebens aller und eines/r jeden einzelnen von uns ErdenbewohnernInnen - jenseits aller ethnischen, herkunftsabhängigen, geschlechtsbezogenen, ideologischen und kulturellen Schranken.

Für dieses und kein anderes Ziel ergreife ich hier bescheiden das Wort, um das unbedingte Recht auf Rebellion aller Unterdrückten und Ausgegrenzten dieser Welt zu bekräftigen, welche Formen des Kampfes und Widerstands sie auch immer im Hinblick auf ihre Befreiung wählen mögen. Dies halte ich für den ethischen Imperativ, der - ausgehend von den Fähigkeiten eines/r jeden einzelnen - all unsere Anstrengungen zu bestimmen hat, wollen wir die vielfältigen Ausdrucksformen der Zurückweisung und des Widerstands gegen den mörderischen Angriff des Neoliberalismus auf einer höheren Ebene zusammenführen.

In diesem Sinn möchte ich meine Freude ausdrücken über politisch-kulturelle Tribünen wie das Vorwärts-Fest, die das Kennenlernen und Zusammenbringen revolutionärer Erfahrungen verschiedener Länder erst ermöglichen. Zugleich ergreife ich die Gelegenheit, um all jenen GenossInnen und FreundInnen von Herzen zu danken, die - alle auf ihre Weise - für meine Freiheit gekämpft haben und noch kämpfen werden. Seid alle fest und kämpferisch umarmt von einem, der in Grenzen und Nationen nichts anderes als ideologische Schlagbäume sehen kann, die immer als Vorwand für die Verewigung sozialer Ausgrenzung, von Fremdenhaß und Marginalisierung aller Art und für Faschismus in all seinen Formen herhalten sollen.

Hasta vencer o morir

Patricio Ortiz Montenegro
l'lughafengefängnis Kloten

vorgelesen und verteilt am 21. Februar 1998 in Zürich



Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. Redaktionsanschrift und Bestellungen: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel.: (040)43 188820, Fax: (040)43 188821. Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement ko-

stet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. - Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. Eigentums-

vorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Spendenkonto der Angehörigen: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 194. Redaktionsschluß für Nr.204: So, 13.4.98